Donnerstag, 13. April 1922. Einzelnummer 15 Mark. 61. Jahrgang. Nr. 84.

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis M.
in der Geschäftsstelle 250.—
in den Ausgabestellen 260.—
durch Zeitungsboten 300.—
am Postamt . . . . . 275.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.

Fernsprecher: 4246, 2273, 3110 3249.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Anzeigenpreis:
f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . 50.—M.
Reklameteil 150.—M.
Für Aufträge aus Deutschland . 3.50 M. im Reklameteil 10.—M. in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Poznań.
Czekowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 20 283 in Poznań.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Die Beratungen in Genua über Europas Zukunft.

Das Programm von Cannes und die Verminderung der Rüstungen.

Genua, 12. April. In seiner Ansprache in der ersten Sitzung der Konferenz erklärte Barthou, er bringe die loyale Bereitschaft Frankreichs zur Mitarbeit. Die Vertreter Frankreichs würden keine bloßen Beobachter sein, sondern Mitarbeiter, die bereit sind, einen Teil der Arbeit und der Verantwortung auf sich zu nehmen. Dann wies Barthou auf die Schwierigkeiten hin, die sich den Vertretern Frankreichs entgegenstellen könnten, die jedoch für sie kein Hemmnis bilden würden. Frankreich sei frei von jedem nationalen Egoismus und strebe nicht nach einer Hegemonie irgendwelcher Art. Der Krieg hat Frankreich zu viel gekostet, als daß es ihn nicht fürchten sollte. Frankreich ist friedfertig gestimmt und wird unter keinen Umständen diejenige Macht sein, von der eine Vergewaltigung des europäischen Friedens ausgehen könnte. Die Rechte, für die Frankreich einen furchtbaren Preis gezahlt hat, werden bei dem gegenwärtigen Unternehmen kein Hindernis bilden. Diese Rechte sind ebenso wie die Rechte der Verbündeten Frankreichs nach dem in Cannes entworfenen Programm von jeder Diskussion ausgeschlossen. Frankreichs Standpunkt in Genua wird nicht der Standpunkt einer verneinenden Passivität sein.

Nach Barthou sprach Lloyd George, der die vier Punkte der in Cannes geschlossenen Vereinbarung beleuchtete und die Erwartung einer gedeihlichen Zusammenarbeit auf Grund dieser vier Punkte aussprach. Seine Rede wurde mit großer Aufmerksamkeit angehört. Heiterkeit erregte ein Satz, in dem Lloyd George, auf Genua als die Geburtsstadt des Columbus hinweisend, versicherte, die Konferenz in Genua würde Europa für Amerika entdecken.

Im Namen Japans sprach Baron Ishi, im Namen Belgiens Minister Theunis, im Namen Deutschlands Reichskanzler Dr. Wirth, dessen Rede sehr aufmerksam angehört wurde.

Der Vertreter Rußlands, der Volkskommissar Tschitscherin, Chef der russischen Delegation, ging aus von dem Satz in de Factas Begrüßungsrede, daß es in der Konferenz keine Sieger und keine Besiegten gäbe. Er erklärte, daß die russische Delegation sich auf diesen Satz stützen würde. Die russische Delegation geht von dem in Cannes angenommenen Grundsatz aus, daß es notwendig ist, die Grundlagen der Politik jedes Landes zu achten. Die russische Delegation wird bei ihrer Mitarbeit in der Konferenz ausschließlich wirtschaftliche Ziele vor Augen haben und hat nicht die Absicht, politische Propaganda zu treiben. Die russische Regierung ist bereit, die Grenzen ihres Landes dem Handel aller Länder zu öffnen. Die russischen Sachverständigen werden einige Anträge vorlegen, die die Beschlüsse von Cannes ergänzen sollen, denn die russischen Ansprüche gehen weiter als die dort gefaßten Beschlüsse. Die Wiederaufbaupläne werden illusorisch sein, wenn den Völkern ein Krieg drohen wird. Daher wird Rußland den Plan einer Verminderung der Rüstungen unterstützen und selbst bereit sein, die Zahlenstärke seiner Armee herabzusetzen. Die russische Delegation wird mit voller Kraft daran arbeiten, ein günstiges Ergebnis der Konferenz herbeizuführen. Die Wiederherstellung Rußlands ist ein unerläßlich notwendiger Faktor des Wiederaufbaus Europas. Rußland wird gewisse militärische Sicherungen und wirtschaftliche Gegenseitigkeit verlangen. Am Schlusse seiner Rede zählte Tschitscherin eine Reihe von Konzessionen auf, die Rußland gewähren könne. Tschitscherins Rede wurde mit schwachem Beifall im Saal und in der Galerie entgegengenommen.

Nach Tschitscherin ergriff noch einmal Barthou das Wort. Er knüpfte an eine Stelle der Rede Tschitscherins an, in der dieser sagte, die Konferenz in Genua müßte die erste in einer ganzen Serie von Konferenzen sein. Barthou wies darauf hin, daß etwas derartiges in Cannes nicht vorgesehen worden sei und sprach sich entschieden gegen derartige Absichten aus. Auch Lloyd George sprach in einer zweiten Rede von der Möglichkeit späterer Konferenzen und sagte, davon zu reden, sei später noch Zeit genug. Die Konferenz in Genua muß der Abrüstung den Weg ebnen. Die Bedingungen der Abrüstung können freilich erst festgelegt werden, wenn man sich gegenseitig genauer kennen gelernt haben würde. Das in Cannes festgelegte Programm der Konferenz sei durchaus klar. Einige seiner Punkte können Bedenken erwecken. Er, Lloyd George, bittet Tschitscherin, diese Bedenken nicht zu vermehren und die Möglichkeit von Konflikten nicht zu steigern. Man dürfe auch nicht Fragen stellen, zu denen auch das in Genua nicht anwesende Amerika etwas zu sagen hätte. Der italienische Ministerpräsident de Facta unterstützt den Standpunkt Barthous und erklärt mit Nachdruck: Das in Cannes festgelegte Programm muß genau eingehalten werden. Tschitscherin ergreift zum zweiten Mal das Wort und sagt: Wenn die Konferenz es ablehnt, über die Verminderung der Rüstungen zu beraten, so wird die russische Delegation sich diesem Beschluß anpassen. Barthou verlangt kategorisch, daß alle Anwesenden erklären, sie nehmen das Programm von Cannes als unbedingt maßgebend an. De Facta erklärt, die Anwesenheit der italienischen Delegation bedeutet schon, daß sie die Beschlüsse von Cannes anerkenne, und da sich auch sonst kein Widerspruch dagegen erhebe, dürfe angenommen werden, daß alle Delegationen auf demselben Standpunkt stehen. Tschitscherin ergreift zum dritten Mal das Wort und sucht den Standpunkt der russischen Delegation klarzulegen. Er wird von dem Vorsitzenden unterbrochen und darauf aufmerksam gemacht, daß dieser Punkt als geklärt angesehen werden könne.

Die Rede des deutschen Reichskanzlers.

Genua, 12 April. In seiner Rede während der Montagssitzung dankte Reichskanzler Dr. Wirth der italienischen Regierung für die freundliche Aufnahme in der berühmten und altehrwürdigen Stadt Genua an dem gesegneten Strande des Liguirischen Meeres, an dem zu allen Zeiten die Kranken aus der ganzen Welt Linderung ihrer Leiden und Genesung von ihren Krankheiten gefunden hätten, und fuhr dann fort: „Auch wir suchen hier Heilung von einer anderen Art von Krankheit, welche nicht einzelne, sondern ganze Völker und die ganze Welt ergriffen hat. Denn die ganze Welt ist heute wirtschaftlich krank und in der Gefahr, einem Siechtum zu erliegen, das viel verhängnisvoller sein würde für die Zukunft der Menschheit, als die Seuchen, welche von Zeit zu Zeit die Menschen heimsuchten. Es ist ein tröstlicher Gedanke, daß die Einberufung der Konferenz von Genua ein Zeichen ist für die wachsende Erkenntnis, daß die wirtschaftliche und finanzielle Unordnung die Zusammenarbeit, die prophylaktische Zusammenarbeit aller Völker notwendig gemacht hat. In letzter Stunde, in einer Stunde, in der die Not aufs höchste gestiegen ist, hat sich diese Erkenntnis durchgesetzt und hat zu dem Entschluß geführt, die Völker als die Ärzte ihrer selbst und der Gesamtheit zu versammeln. Den hohen Zielen und der drängenden Not entspricht es, wenn die Konferenz unter dem strengsten Bewußtsein zusammentritt, daß nur sachliche Zusammenarbeit und ernstester Wille zu einem Erfolge führen können. Dies ist die Aufgabe, die zu lösen uns gesetzt wird. Wir müssen uns entschließen, die wirtschaftlichen Probleme als rein wirtschaftliche zu erkennen und sie von den politischen Zielen und Differenzen loszulösen. Alle Völker der Erde bilden, wirtschaftlich gesehen, eine große, unlösbar verbundene Einheit. Auch das kleinste Glied in der großen Kette der Weltwirtschaft kann nicht verletzt werden, ohne daß die Kette reißt. Darum muß der Grundsatz der Gleichberechtigung aller Völker bei unserer gemeinsamen Arbeit herrschen. Die Reichsregierung hat eine schwere Verantwortung auf sich geladen, bei der jetzigen unsicheren Lage unseres Landes und Volkes das Schwergewicht ihrer politischen Tätigkeit vielleicht auf Wochen hinaus zu verlegen. Aber noch schwerer wäre die Verantwortung gewesen, von dieser Konferenz fernzubleiben und sich an der Aufgabe der gemeinsamen Lösung der europäischen Probleme nicht zu beteiligen.

Die deutsche Regierung ist in vollstem Sinne bereit, an den der Konferenz gestellten Aufgaben mitzuwirken in der Hoffnung, daß auch die anderen hier versammelten Mächte in dem gleichen Geiste mitarbeiten werden. Dieser Geist muß getragen werden von der Bereitschaft, das Mißtrauen zu beseitigen, das seit Jahren die Weltatmosphäre trübt, und von der Bereitschaft aller, wenn es nötig ist, für das Wohl des Ganzen auch Opfer zu bringen und auf enggesehene Interessen zu verzichten. Die Auffassung, daß es der wirtschaftliche Vorteil eines Landes ist, wenn es dem anderen Lande schlecht geht, ist durch weltwirtschaftliche Einsicht bereits längst überwunden worden, die erkannt hat, daß die Blüte des einen Landes allen anderen Ländern zum Vorteil wird, und daß ein allgemeiner Wohlstand den Frieden verbürgt. Die europäischen Staaten müssen daher mit Entschlossenheit und Mut auf dem gegenwärtigen Wege Halt machen, zu dem System des unbehinderten Handels zurückkehren und den Wirtschaftsverkehr von allen Fesseln frei machen. Überall wartet man darauf, ob von Genua eine Heilsbotschaft in die Welt gehen wird. Ein Mißlingen der Konferenz würde eine schwere Enttäuschung für alle hoffenden Völker bedeuten, die bestehende Wirtschaftskrise ins Unerträgliche steigern und ein Tod aller Zuversicht sein, die uns so not tut, wenn wir die Welt wieder aufbauen wollen. In diesem Geiste werden wir hier also alle Vorschläge prüfen, sie nicht allein nach unseren eigenen Interessen erwägen, sondern auch daraufhin, ob sie geeignet sind, uns den gemeinsamen Zielen näherzubringen. Wir werden aber auch von uns aus diejenigen Vorschläge machen, von denen wir glauben, daß sie allen Völkern den Weg zu einer glücklicheren Zukunft ebnen werden.

Der Weg, den wir gehen, ist nicht ohne Steine, denn wenn alle oder viele Völker über ihre Interessen gemeinsam beraten, läuft man leicht Gefahr, Empfindlichkeiten einzelner Völker zu verletzen. Die Hilfe, die den einzelnen Wirtschaften gewährt werden soll und muß, kann daher nur so gewährt werden, daß sie der politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmung der Völker keinen Abbruch tut. Wenn ich in diesem Kreise vieler Völker heute das Wort ergriffen habe, so berechtigt mich dazu die besondere Lage meines Landes. Deutschland ist infolge seiner geographischen Lage in Mitteleuropa, infolge seiner engen Verflechtung mit der gesamten, auch mit der überseeischen Weltwirtschaft, durch die Not unserer Zeit mit am meisten betroffen worden. Das Problem der deutschen Wirtschaft ist untrennbar verbunden mit den Schwierigkeiten, über welche die anderen Nationen zu klagen haben. Die deutsche Not ist die eine Seite, die Not der übrigen Völker die andere Seite der Weltkrise. Die Verhandlungen, die wir zu führen haben, werden die verschiedensten Gebiete des Wirtschaftslebens, des Verkehrs, des Handels und der Finanzwirtschaft, wie überhaupt alle Fragen der durch gemeinsame Zivilisation verbundenen Völker zu behandeln haben. Die Größe dieser Aufgabe soll uns ein Ansporn sein, daß die Verhandlungen der Konferenz von allen Seiten mit einem gewissen Optimismus geführt werden, der alle großen Werke beflügeln muß. Ich bin gewiß, mit diesen meinen Worten keinen Sondergefühlen Ausdruck zu geben, sondern die gemeinsame Überzeugung aller hier vertretenen Nationen auszusprechen." (Lebhafter Beifall.)

Polens Aufgabe in Genua.

Der „Przegląd Poranny" schreibt in seiner Nr. 94: „Zwei Aufgaben werden für Polen besonders wichtig sein: das Verhältnis der Konferenz zu Deutschland und zu Rußland. Nach den letzten Erklärungen der Ministerpräsidenten Englands und Frankreichs haben wir das Recht, zu glauben, daß der Versailler Vertrag auf der Konferenz nicht besprochen werden wird und daß an den deutschen Verpflichtungen, die sich aus dem Vertrage ergeben, nichts geändert wird. Dasselbe haben beide Diplomaten während des letzten Besuches Lloyd Georges in Paris festgesetzt. Man kann deshalb voraussehen, daß von dieser Seite aus weder Frankreich noch Polen eine Gefahr droht, vorausgesetzt natürlich, daß Herr Lloyd George nicht seine Ansicht ändert. Was nun Sowjetrußland betrifft, so handelt es sich um zwei Probleme, das wirtschaftliche und das politische Problem. Die Aufgabe einer Wirtschaftshilfe für Rußland kann, wenn die Genua-Konferenz sich entschließt, Rußland in seinem Wiederaufbau und in der Lieferung gewisser Mittel in der Form von Bargeld oder garantierten Krediten zu Hilfe zu kommen, eine sehr weittragende Bedeutung für Polen haben. Polen ist wirtschaftlich zu arm, als daß es auf gewisse Konzessionen im Innern Rußlands rechnen dürfte. Es ist aber, und zwar sowohl dank der unmittelbaren Nachbarschaft als auch dank den Personen, die Rußland kennen, sowie auch dank verschiedenen Industriezweigen, vor allem der landwirtschaftlichen Industrie und der Tuchindustrie, imstande, Rußland in seinem großen Werke des Wiederaufbaus zu Hilfe zu kommen. Das ist unabhängig von der unmittelbaren Hilfe, die Polen noch in anderer Form, in der Gestalt des Durchgangsverkehrs durch das polnische Gebiet erteilen kann. Komplizierter ist die politische Aufgabe. Hier handelt es sich um Anerkennung oder Nichtanerkennung der gegenwärtigen bolschewistischen Regierung. Polen befindet sich angesichts dieses Problems in einer Ausnahmelage. Polen hat die bolschewistische Regierung de facto und de jure nicht durch eine Erklärung anerkannt, sondern durch den Abschluß des Rigaer Friedens mit dem bolschewistischen Rußland. Es liegt deshalb in Polens unmittelbarem Interesse, daß die bolschewistische Regierung ebenso von anderen europäischen Mächten anerkannt wird, und daß als Folge hiervon die Anerkennung des Rigaer Aktes als rechtskräftig für ganz Europa und die Anerkennung der Ostgrenzen Polens als unverletzlich erfolgt. Andererseits aber ist das ganze Verfahren verständlich, von dem sich jene Staaten Europas in bezug auf Rußland leiten lassen, die die Anerkennung der gegenwärtigen bolschewistischen Regierung mit der Erfüllung einer Reihe von Verpflichtungen verbinden. Solche Garantien sind vollkommen verständlich und vollkommen berechtigt. Als Polen den Rigaer Vertrag schloß, hatte es nicht die Möglichkeit, solche Garantien zu fordern. Es befand sich trotz seines Sieges in einer Zwangslage gegenüber der offenen Unlust der Entente Polen gegenüber. Aber gerade alles dies rächt sich fast jeden Tag bei uns durch Leichtfertigkeit Rußlands in bezug auf die Bedingungen des Rigaer Vertrages und durch offene Nichtdurchführung des Vertrages. Wenn also Rußland auf der Genua-Konferenz diese Garantien nicht geben wird und wenn es infolgedessen von den europäischen Staaten und den siegreichen Verbandsstaaten nicht anerkannt wird, so kann dieses unter keinen Umständen die Interessen Polens beeinflussen. Die polnische Diplomatie kann die Anerkennung der russischen Regierung nicht erzwingen, darf jedoch ein Infragestellen der Ostgrenze Polens nicht zulassen. Der Paragraph 87 des Versailler Vertrages behält den siegreichen Verbandsmächten das Recht vor, die Grenzen Polens im Osten festzusetzen; indem wir deshalb den Versailler Vertrag respektieren, haben wir das volle Recht, zu fordern, daß endlich die Stabilisierung der polnischen Grenzen erfolgt. Wenn diese Festsetzung nicht auf dem Wege der Anerkennung der russischen Regierung vor sich gehen kann, muß sie auf einem anderen Wege erfolgen, das heißt auf dem Wege der Anerkennung des Rigaer Vertrages und der Grenzen Polens und Rußlands durch die Entente. Die polnische Diplomatie hat deshalb ein schönes Arbeitsfeld in Genua vor sich. In ihren Bemühungen wird sie durch die baltischen Staaten und Rumänien gestützt, die sich in ähnlicher Lage wie wir befinden. Wir wissen schon, daß der Außenminister, Herr Skirmunt, alle Schritte in der Richtung einer Anerkennung der polnischen Grenzen im Osten während seines Aufenthaltes in Paris unternommen hat. Diese Tätigkeit muß im gegenwärtigen Augenblick auch den anderen Staaten gegenüber vor sich gehen."

Ein Protest Tschitscherins.

Genua, 12. April. In der gestrigen Sitzung des politischen Ausschusses legte Tschitscherin zwei Proteste gegen die Teilnahme der Vertreter Rumäniens und Japans in dem Ausschusse ein, weil diese Staaten russische Gebiete besetzt halten. Der Vertreter Japans, Najathi, antwortete, daß Japan in allen Ausschüssen ganz unabhängig von der Meinung Rußlands und von Rücksichten auf Rußland Sitze habe und haben werde. Der Delegierte Rumäniens gab Tschitscherin als Antwort, daß Rumänien Beßarabien auf Grund des Volkswillens und des mit den Alliierten abgeschlossenen Vertrages besetzt halte. Der Vorsitzende des Ausschusses, de Facta, wies die Proteste Tschitscherins zurück. Dann schlug Tschitscherin die Zulassung von zwei russischen Delegierten in den politischen Unterausschuß vor, und zwar mit Rücksicht auf die ungeheuren Arbeiten, die Rußland beträfen. Dieser Vorschlag wurde nach Ansprachen Barthous und Lloyd Georges abgelehnt.

Unzufriedenheit der Sowjetvertreter.

Genua, 12. April. Die russische Delegation äußerte ihren Unwillen über die ihr zugewiesene Wohnung. Sie erklärte, daß die Villa, in der die Delegation wohne, sehr ungünstig gelegen sei und daß die Verbindung mit der Zentrale in Moskau große Störungen erleide. Daraufhin hat die russische Delegation eine Wohnung in Genua selbst erhalten. Sie soll auch die unmittelbare Verbindung mit Berlin benutzen dürfen, von wo aus eine unmittelbare Verbindung mit Moskau durchgeführt ist.

Um die russische Flotte.

Moskau, 12. April. Im Zusammenhang mit der Genua-Konferenz veröffentlichen die Zeitungen Aussprüche von Vertretern des russischen Militärs über wichtige schwebende Fragen. General Brussilow bemerkte, daß das während des Weltkrieges für die Entente vergossene russische Blut wertvoller sei und mehr gelte, als die Schulden, welche Rußland zu zahlen habe. Der Chef der Seestreitkräfte Dombrowski erklärte, daß jeder Staat, der eine Handelsflotte besitzen will, auch fähig sein müsse, die Flotte zu verteidigen, das heißt im Besitz einer Kriegsflotte sein müsse. In der Genua-Konferenz darf eine Verringerung der russischen Flotte nicht zugelassen werden. Außerdem muß die Forderung gestellt werden, den russischen Kriegsschiffen das Recht zu erteilen, in alle Häfen der Welt einfahren zu dürfen.

Sieben Ausschüsse.

Genua 12. April. Es wurde beschlossen, sieben Ausschüsse zu bilden: einen politischen Ausschuß, einen Wirtschaftsausschuß, einen Transportausschuß, einen Rechtsausschuß, einen Redaktionsausschuß und einen Ausschuß zur Prüfung der Mandate.

Die Zusammensetzung des politischen Ausschusses.

Paris, 12. April. Das „Petit Journal" stellt fest, daß gerade die französischen Delegierten diejenigen waren, die auf der Vorkonferenz am Sonntag den Beschluß zustande brachten, daß dem Ausschuß für politische Fragen nicht nur Vertreter der einladenden Mächte sowie auch Deutschlands und Rußlands angehören sollen, sondern auch Vertreter von vier anderen Staaten. Das Blatt betont, daß diese Entscheidung zur Zulassung von Vertretern der kleinen Entente und Polens in den wichtigsten Ausschuß geführt habe.

Schanzer und de Facta für die Zusammenarbeit mit Rußland.

Rom, 12. April. Die Stefani-Agentur meldet, daß sich die italienischen Minister Schanzer und Facta für die Zusammenarbeit

mit der russischen Delegation in versöhnlichem Geiste bereit erklärt haben.

Kemal Pascha inoffizieller Beobachter in Genua.

Genua 12. April. (Telunion.) Aus Brindisi wird die Ankunft Kemal Paschas gemeldet, der sich als inoffizieller Beobachter nach Genua begeben will.

Kommt Lenin doch nach Genua?

Paris, 12. April. Aus Prag wird gemeldet, Tschitscherin habe dem Berichterstatter der Zeitung „Bohemia" erklärt, wahrscheinlich käme Lenin persönlich nach Genua.

Die Presse in Genua.

Genua, 12. April. Zur Genua-Konferenz sind ungefähr 1000 Journalisten aus den verschiedensten Städten Europas und Amerikas eingetroffen. Zur ersten Sitzung sind wegen Platzmangels im Sitzungssaale nur 120 Berichterstatter zugelassen worden.

Keynes über die Genuakonferenz.

Berlin, 12 April. Das „Berliner Tageblatt" veröffentlicht einen Artikel von Keynes, der sich sehr skeptisch über die Genua-Konferenz äußert. Er behauptet, daß dort, wo sich vier verschiedene Kategorien befinden (Entente, Vierverband, Neutrale und Bolschewisten) kein Resultat erzielt werden könne. Am Schluß fordert er Gleichberechtigung für die russische Delegation.

Die bevorstehende Feier in Wilna.

Wilna, 12. April. Die Wilnaer Feierlichkeiten werden durch einen Festgottesdienst am ersten Osterfeiertag eingeleitet. Der Gottesdienst wird in Gegenwart des Staatspräsidenten in der Kathedrale abgehalten werden. — Für den 18. d. Mts. wird die Ankunft des Ministerpräsidenten und von Regierungsvertretern erwartet. Um 9½ Uhr erfolgt die Übergabe der Schlüssel der Stadt in die Hände des Staatspräsidenten bei der Einfahrt in Ostra Brama in Gegenwart des Generals Żeligowski und Vertretern der Regierung, der Behörden, der Armee und der Stadt. Nach der Messe in der Ostra Brama-Kapelle findet im Gebäude der „Vorläufigen Regierungskommission" die Übergabe der Regierungsgewalt statt. An dieser Zeremonie nehmen teil: der Staatspräsident, der Ministerpräsident, der Vorsitzende der Vorläufigen Regierungskommission, die Minister, der Sejmmarschall, Vertreter des Warschauer und des Wilnaer Sejms, der Delegierte Soltan, Vertreter der Regierungs- und der Stadtbehörden, der Geistlichkeit aller Konfessionen und das Gefolge des Staatspräsidenten. Die Feierlichkeit wird folgenden Verlauf nehmen: Rede des Generals Mokrzewski über die Übergabe der Regierungsgewalt in die Hände des Staatspräsidenten, die Antwort des Staatspräsidenten, vielleicht auch eine Rede des Ministerpräsidenten, Unterzeichnung eines Gedenkprotokolls, darauf ein Tedeum in der Kathedrale; nachmittags die Abreise des Staatspräsidenten zu den Militärfeierlichkeiten in Wilejka, später ein Gesellschaftsabend, der in dem Stadtverordnetensaale von der Stadt gegeben wird. — Am 19. d. Mts. finden die Militärfeierlichkeiten statt. Um 10 Uhr vormittags Feldmesse und Überreichung einer Standarte an das 4. Ulanenregiment; Auszeichnung einer Standarte der 19 Division; Auszeichnung des Generals Żeligowski und anderer Persönlichkeiten. Dann findet ein Frühstück und darauf ein vom Militär gegebenes Festessen statt; abends ist Empfang beim Staatspräsidenten. — Am 20. d. Mts Bürgerfeierlichkeiten. Um 12 Uhr werden die städtischen Regierungsbehörden, der Wilnaer Sejm, die Geistlichkeit aller Bekenntnisse, die Innungen und Körperschaften dem Staatspräsidenten vorgestellt; dann findet ein Frühstück des Ministerpräsidenten statt. Um 3 Uhr nachmittags Festversammlung in der Universität, um 6 Uhr nachm. ein Festessen der Stadt. Abends findet eine Theatervorstellung und ein Ball der 4. Ulanen statt. Zum Schluß Abreise der Regierung nach Warschau. — Am 21. d. Mts. findet ein von dem Staatspräsidenten für die Universitätsprofessoren gegebenes Festessen statt, und abends erfolgt die Abreise des Staatspräsidenten nach Warschau.

Um den deutschen Besitz in Oberschlesien.

Genf, 11. April. Die Verhandlungen der deutsch-polnischen Delegation unter dem Vorsitz Calonders bezüglich der Liquidierung des deutschen Eigentums im polnischen Teil Oberschlesiens begannen am 8. d. Mts. im Hotel Beaurivage. Die Konferenz hat streng vertraulichen Charakter; die Verhandlungen wurden am 9. und auch am 10. d. Mts. weiter geführt. Sollten die gegenwärtigen Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen, so wird Calonder am 12. d. Mts. seinen Schiedsspruch in einer öffentlichen Sitzung des Völkerbundes fällen.

Bevorstehender Wechsel im Vorsitz der Reparationskommission.

Paris, 12. April. (Tel.-U.) Wenn auch eine amtliche Mitteilung darüber noch nicht vorliegt, so steht nunmehr doch außer Zweifel, daß Dubois demnächst von seinem Posten als Vorsitzender der Reparationskommission zurücktreten wird. Als sein Nachfolger wird der zweite Vertreter Frankreichs in der Reparationskommission Mauclero genannt. Mauclero ist der Vorsitzende des Garantiekomitees und Generalkontrolleur der französischen Armee.

Churchills englisch-französisch-deutscher Dreibund.

Paris, 12. April. (Telunion.) Der englische Minister Churchill hat am Sonnabend abend in Dundee in einer Rede über seine Lieblingsidee von einem englisch-französisch-deutschen Dreibund gesprochen. Man habe Deutschland noch kein positives Angebot gemacht, aber die erste Etappe zu diesem neuen Dreibund sei der Abschluß des anglo-französischen Paktes.

Der Friedenswille der Hohen Pforte.

Paris 12. April. (Telunion.) Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß Marschall Izzet Pascha, der Außenminister der Hohen Pforte, am Sonnabend abend den Vertretern der Ententemächte in Konstantinopel eine Antwort auf das Friedensangebot überreicht hatte in welcher die Regierung der Hohen Pforte sich bereit erklärt, binnen 3 Wochen Delegierte zu Friedensverhandlungen zu schicken. Doch verlangt auch die Hohe Pforte wie die Regierung von Angora die Räumung Kleinasiens durch die griechischen Truppen. Im weiteren lehnt die Hohe Pforte Konstantinopel als Ort der Friedensverhandlungen ab und sieht eine Stadt im Westen Europas vor.

Die deutschen Eisenbahnen.

Berlin, 12. April. (Tel.-Union.) Eine Kommission von Sachverständigen, bestehend aus Unterstaatssekretär a. D. Francke, Generaldirektor Henrich, Geh. Baurat Martiny, Abgeordneter Quatz und Eisenbahndirektionspräsident a. D. von Schaewen, hat in den letzten Wochen auf Wunsch des Reichsverbandes der deutschen Industrie eine eingehende Untersuchung über die wesentlichsten Ursachen des Zusammenbruchs der deutschen Eisenbahnen und über die Möglichkeiten ihrer Gesundung angestellt. Das Ergebnis wird nunmehr in einer vierzigseitigen Denkschrift veröffentlicht, die der Regierung bereits vor einiger Zeit in Zusammenhang mit den Vorbereitungen für Genua übergeben wurde. Die Denkschrift befaßt sich zunächst mit der gegenwärtigen Lage der Reichseisenbahnen, ihrer unzulänglichen finanziellen und betriebstechnischen Entwickelung. Es wird festgestellt, daß es den deutschen Staatseisenbahnen während des Krieges gelang, ihre Finanzen in Ordnung zu halten, daß erst im Jahre 1917 die Betriebszahl, das Verhältnis der Bruttoausgaben zu den Bruttoeinnahmen auf die „ungewöhnliche Höhe" von 82 v. H. stieg, gegen 70 v. H. in der Vorkriegszeit, daß aber „erst mit dem allgemeinen Zusammenbruch des Jahres 1918 der finanzielle Zusammenbruch eintrat". So stieg die Betriebszahl von 82 in 1917 auf 128 in 1918 und auf 172 in 1920. Die Durchschnittsdauer des Wagenumlaufs weist gegen die Friedensleistung eine Verlangsamung um rund 60 v. H. auf, der Kohlenverbrauch ist von 14 auf 22, der Ölverbrauch von 22 auf 28 gestiegen. Die Ursachen der Verlustwirtschaft führt die Unternehmung im wesentlichen auf folgende Umstände zurück:

1. die mangelhafte Ausnützung des mechanischen Apparats und den stark gesunkenen Verkehr;
2. das übermäßige Anwachsen der Personalbestände und die geringe Arbeitsintensität;
3. das zu späte Einsetzen von Tariferhöhungen.

Die Denkschrift kommt dabei zu folgendem Ergebnis: Privatwirtschaftlich ausgedrückt läßt sich zusammenfassend sagen:

Zu 1: Die übergroße Beanspruchung des mechanischen Apparates hat keinen oder nur geringen Einfluß auf die laufenden Fehlbeträge. Es ist auch nicht richtig, daß die Anforderungen nach dem Kriege die Ursachen des Fehlbetrages sind. Im Gegenteil wurde 1919 nur der halbe Betrag für die Beschaffung von Fahrzeugen angewendet, wie in den Vorjahren. Sache der Nachkriegszeit wäre es gewesen, den mechanischen Apparat so schnell wie möglich auf den Stand der Vorkriegsjahre zu bringen. In diesen Mängeln und Fehlern liegt die Erklärung für den Verkehrsrückgang. Das übermäßige Anwachsen des Personalbestandes hat seinen Ursprung in der überstürzten Demobilmachung. Die zu geringe Leistungsfähigkeit wurde gesteigert durch die schematische Einführung des Achtstundentages, durch Beseitigung des Gedingelohnes und des Lohnsystems, das auf Berücksichtigung der Verantwortlichkeit und Schwere der Dienstleistungen sowie der Altersunterschiede beruhte. Bloße Dienstbereitschaft, Dienstpausen, Zeit der Vorbereitung für den Dienst, Dienstfahrten des Personals zwischen den Dienstorten und der Heimatstadt, zum Teil sogar der Abmarsch von der Wohnung nach der Arbeitsstätte werden der wirklichen Arbeit gleichgestellt. Die Pläne der Regierung, die im Arbeitszeitgesetz und im Reichsfinanzgesetz gipfeln, können die Fehler nicht beseitigen. Vielmehr sei zur Trennung der Eisenbahnfinanzen von dem Reichshaushalt die Schaffung eines selbständigen Risikoträgers notwendig. Auch die Entpolitisierung läßt sich nur dadurch erreichen, daß die Reichseisenbahnen vom Reiche losgelöst werden. Die Einführung kaufmännischen Geistes setzt einen völlig neuen Ausbau der bisherigen staatlichen Verwaltung nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen voraus. Nachdrücklich weist die Denkschrift darauf hin, daß aus einem vor dem Kriege blühenden, für Preußen das Rückgrat der Staatsfinanzen bildenden Unternehmen ein unwirtschaftliches Gebilde geworden sei, das an der Kreditunwürdigkeit des Reiches nicht zum wenigsten Schuld trage. Den einzigen Ausweg sieht die Denkschrift in der Überführung der Eisenbahnen aus dem Besitz des Reiches an gemeinwirtschaftlich orientierte Faktoren, also an die Volksgemeinschaft, vertreten durch die Berufsstände, die unabhängig von parteipolitischen Grundsätzen und Strömungen für die sachliche Förderung des Unternehmens eintreten werden. Aus der Kritik erwächst zwangsläufig der Vorschlag, eine gemeinwirtschaftliche Aktiengesellschaft zu schaffen mit überwiegender Beteiligung der freien Wirtschaft und unter unbedingter Ablehnung des ausländischen Einflusses auf unser deutsches Eisenbahnwesen. Als Hauptträger der Gesellschaft sind gedacht, Landwirtschaft, Handel einschließlich Banken, Industrie und Handwerk, außerdem die Gewerkschaften und Gemeinden. Weiter ist eine Beteiligung der Beamten und Arbeiterschaft der Reichseisenbahnen, sowie des Reiches und der Länder vorgesehen. Dem Reich wie den Ländern bleibt Aufsichtsrecht und Gewinnanteil gesichert. In der besonders schwierigen Tariffrage wünscht die Denkschrift die Schaffung einer gesetzlichen Sicherheit, daß die Tarife so festgesetzt werden, wie es dem allgemeinen wirtschaftlichen Interesse entspricht. Für eine Übergangszeit von etwa drei Jahren wird Tariffreiheit empfohlen, die nur für die wichtigsten Lebensmittel eingeschränkt werden dürfte. Für später wird ein Tarifgericht nach amerikanischem Muster vorgeschlagen.

In großen Zügen gibt die Denkschrift am Schluß einen Grund- und Aufriß der inneren Verwaltung. Sie umfassen alles, wie den Aufbau der Hauptverwaltung, die Reichsaufsicht, das Tarifwesen, Tarifgericht, Bauwesen und Baupolizei. Bei allen Streitigkeiten soll das Reichswirtschaftsgericht entscheiden, bei dem ein besonderer Senat, dessen Mitglieder vom Reichspräsidenten ernannt und je zur Hälfte vom Reichsverkehrsminister und der Eisenbahngesellschaft vorgeschlagen werden, für Eisenbahnangelegenheiten zu errichten ist.

Die Beamten genießen einen besonderen Rechtsschutz durch Artikel 129 der Reichsverfassung. Auch die Pensionsansprüche bleiben unberührt. Sämtliche Wohlfahrtseinrichtungen würden zu übernehmen sein.

Als Aktienkapital werden 5 Millionen vorgeschlagen. Den Anteilseignern soll eine mäßige Kapitalabfindung von 6 v. H. gewährt und der ihnen als Träger des Risikos gebührende Gewinn auf die Hälfte beschränkt werden. Für die Übergangszeit ist mit Betriebszuschüssen zu rechnen. Die Gesellschaft bedarf hierzu und für die Umstellung des Unternehmens eines Betriebskapitals, das die Denkschrift auf 500 Millionen Goldmark schätzt. Außerdem soll das Unternehmen keiner stärkeren steuerlichen Belastung unterworfen werden, als sie die Reichsbahnen heute zu tragen haben. Die Abwicklung der alten Schuld mit den Eisenbahnländern soll dem Reich vorbehalten bleiben.

Zum Schluß weist die Denkschrift darauf hin, daß zum Gelingen des vorgeschlagenen Planes die äußerste Anspannung und Arbeitsfreudigkeit aller an dem Eisenbahnunternehmen beteiligten Kräfte notwendig ist. Gelingt die Wiederherstellung des deutschen Verkehrswesens, so wird sie von segensreichem Einfluß auf den Wiederaufbau der gesamten deutschen Wirtschaft sein.

Politische Tagesneuigkeiten.

Belagerungszustand in Athen. „Daily Expreß" berichtet, daß die griechische Regierung wegen der dauernden Unruhen den Belagerungszustand über Athen verhängen ließ.

Ratifizierung des Abkommens der Baltenstaaten. Wie aus Reval gemeldet wird, hat das estnische Parlament am Sonnabend in zweiter und dritter Lesung das in Warschau geschlossene Abkommen der Baltenstaaten ratifiziert.

Obdachlos.

Humoristischer Roman eines Wohnungsuchenden.

Von Otfrid von Hanstein.

(14. Fortsetzung.)

Hubert hatte das Wort Hermlitz gehört und horchte auf. War das nicht geradezu ein Wink des Schicksals? Aus Hermlitz stammte doch das kleine reizende Mädel, das er auf dem Wagen gesprochen. Und morgen war Sonntag, also sie sicher dort! Er war entschieden für Hermlitz.

„Mama, Onkel Adolf hat recht!"

Auch der Regierungsrat war nicht abgeneigt.

„Wenn es da wirklich so hübsch ist —"

„Aber reizend."

„Gut, also — wann sollen wir bei Euch sein?"

„So gegen elf, dann gehen wir zur Stadtbahn — ein paar Minuten — da stört uns der Streik der Elektrischen nicht."

„Gut, abgemacht!"

An diesem Tage ging die Familie Dieterici sehr früh zu Bett und schlief wie gewiegt, und am Sonntag standen sie so spät auf, daß sie kaum noch Zeit hatten, Kaffee zu trinken, ehe sie zu Schuhmachers mußten.

Man ging zur Bahn und war in vierzig Minuten in Hermlitz.

Wirklich, es lag reizend. Fast mitten im Walde, dicht an dem großen Hermlitzer See und doch so nah an der Bahn!

Kaum waren sie ausgestiegen und über den Bahnhofsplatz gegangen, als Hubert einen freudigen Schreck bekam. Das nette Mädel vom Rollwagen kam ihm entgegen. Schnell machte er, daß er hinter den anderen ein wenig zurückblieb und grüßte tief. Sie sah auf, staunte einen Augenblick, dann glitt ein Lächeln über ihr Gesicht. Sie hatte ihn auch erkannt und nickte freundlich wieder. Eben sah sich Onkel Adolf um.

„Wen grüßt Du denn da, Hubert?"

„Ich? Niemand!"

Das Fräulein war um eine Ecke verschwunden.

„Ich habe nur den Hut abgenommen, weil mir so heiß war." — Onkel Adolf lächelte, er war auch einmal jung gewesen! —

Sie gingen durch den kleinen Villenort.

„Kinder, jetzt müßt Ihr mich einen Augenblick entschuldigen — ich muß hier einen kurzen Besuch machen. Zehn Minuten, eine Vormundschaftssache."

Der Regierungsrat sagte:

„Laß Dich nicht stören, wir sehen uns ein bißchen um."

„Und treffen uns dann auf der Promenade am See."

Der Rechtsanwalt verschwand in einem Haus, und gleich darauf hatte Hildchen allen Grund, sich über die Kleinheit der Welt zu wundern, denn ihnen entgegen kam — der junge Musikstudent, der sie in Berlin geführt hatte. Er sah sie — staunte — ein freudiges Aufleuchten ging über sein Gesicht und er riß tief den Hut herunter.

Der Regierungsrat dankte sehr förmlich, Frau Agathe nickte wohlwollend — sie vergaß es dem jungen Mann nicht, daß er der erste höfliche Mensch war, den sie in Berlin gesehen hatte, und Hilde nickte und wurde so rot, daß sie ihr Taschentuch fallen lassen mußte, um einen Grund zu haben, sich zu bücken. Dabei blieb jetzt sie zurück, sah sich um — der junge Mann stand da und blickte sie strahlend an — sie errötete wieder und nickte noch einmal — Hubert sah es und wollte schon etwas sagen. Da bekam er selbst ein böses Gewissen und schwieg — er wußte ja nicht, was Hilde vorher gesehen hatte, und schließlich — sie sah doch den jungen Menschen sicher nicht wieder, und er hatte ihnen einen Gefallen getan.

„Seht doch einmal die hübsche Villa!"

Der Regierungsrat blieb stehen. Da lag mitten in einem schönen Garten, in dem noch die Obstbäume voller Früchte hingen, eine reizende Villa. Ein norwegisches Holzhaus mit geschwungenem Giebel und zierlichen Balkonen und Erkern.

„Sieh einmal, Agathe, das könnte mir gefallen."

„Aber wir wollen froh sein, daß wir die Wohnung haben."

„Natürlich, aber — man sollte es nicht glauben, das Haus ist zu verkaufen."

„Richtig!"

Ein Schild, das dieses kündete, hing am Zaun.

Der Regierungsrat konnte sich nicht trennen.

„Was das wohl kosten mag?"

„Sieh Dirs doch an."

„Du, das möchte ich beinahe tun."

„Aber Klemens, Du willst es doch nicht kaufen."

„Wer weiß, vielleicht später — ich möchte doch —"

Hubert, der immer noch hoffte, die junge Dame möchte zurückkommen, bestärkte den Vater.

„Wir können doch einmal fragen, das ist doch erlaubt."

Der Regierungsrat, der sonst viel zurückhaltender war, nickte.

„Ich werde mich auch erkundigen. So etwas ist doch komisch. In Berlin soll man Jahre lang warten und hier, so nah vor den Toren, steht ein so reizendes Haus zum Verkauf."

„Also komm, Papa."

„Wartet mal einen Augenblick."

Die beiden Männer gingen in der Tat hinein. Im Parterre stand der Name:

„Dr. Scheller."

Der Regierungsrat zögerte, aber Hubert hatte schon geklingelt. Eine schlanke, ältliche Dame erschien.

„Sie verzeihen — dies Haus ist zu verkaufen?"

„Allerdings. Das heißt, ich bin nicht die Besitzerin. Es gehört Herrn Weinholz in Berlin, Pallasstr. 14."

„Das Haus sieht reizend aus."

„Ist es auch. Acht entzückende Zimmer. Ich würde nicht ausziehen, aber ich bin mit meinem Töchterchen ganz allein und will nach Ostpreußen auf ein Gut zu Verwandten. Wollen Sie das Haus sehen —"

Der Regierungsrat zögerte.

„Ich habe eigentlich noch keine bestimmte Absicht — ich kam nur so vorbei und fand es so reizend —"

„Treten Sie doch ein —" (Fortsetzung folgt.)

Teuerung und Fleischgenuß.

In Warschau sind in der letzten Zeit die Fleischpreise riesenhaft gestiegen. Das hatte u. a. zur Folge, daß einige Fleischer verhaftet wurden, da die Behörden ihnen willkürliche Festsetzung von Wucherpreisen zum Vorwurf machten. Darauf haben die Fleischer folgende Mitteilung an die Käufer ergehen lassen: „Das kaufende Publikum kenn nur den Fleischer, bei dem es kauft den Detaillisten. Mit ihm nur hat es zu tun, ergehen lassen: „Das kaufende Publikum kennt nur den Fleischer, ist doch nur ein Glied in der Kette, und zwar das letzte Glied. Das erste Glied ist der Viehzüchter, das zweite der Großhändler. Die Mehrzahl der Bevölkerung ist sich darüber nicht klar, daß der Fleischpreis an der Quelle festgesetzt wird, zwischen dem Viehzüchter und dem Großhändler, und daß der Kleinhändler an dieser Preisfestsetzung unschuldig ist.“

Der „Kurjer Poznański“, dem wir diese Mitteilungen entnehmen, fügt hinzu: „Den Ausführungen der Fleischer kann man insofern recht geben, als der Viehzüchter und der Großhändler in der Tat nicht ohne Schuld sind. Kann man aber in bezug auf den Fleischer von einer solchen Verarmung sprechen, wie in bezug auf die Intelligenz und die Arbeiterschaft? Ist nicht fast jeder Fleischer heutzutage Hausbesitzer?“

Lehrreich ist der folgende Aufruf, mit dem eine Anzahl von Warschauer Frauenorganisationen sich an die weibliche Bevölkerung wendet:

Bürgerinnen des Landes, Frauen und Mütter! Laßt uns kämpfen gegen die unberechtigte und von Tag zu Tag zunehmende Teuerung! Regierung und Wucherämter werden nichts nützen, wenn wir sie nicht unterstützen. Diese Unterstützung kann Erfolg haben, wenn wir alle ohne Ausnahme das Unsrige tun. Es gibt nur ein Mittel: Nichtkaufen. Kein Fleisch kaufen, so lange es nicht billiger wird, nicht nur in dieser und in der nächsten Woche, sondern kein Pfund Fleisch zu Ostern kaufen! Fleisch ist eine leicht verderbliche Ware. Wenn wir in diesem Boykott standhaft sind, dann können wir dessen sicher sein, daß sich unserem Willen beugen werden diejenigen, die große Vorräte an Schweinefleisch angehäuft haben und nun darauf warten, daß der Preis noch mehr in die Höhe geht. Ihr werdet fragen: Was werden wir essen? Wir haben Mehl, Eier, Zucker, Milch, Butter, Grütze, Kartoffeln usw. Damit kann man schon mehrere Wochen auskommen. Überzeugen wir die Wucherhyänen, daß sie gegen sich nicht nur die Regierungsbehörden haben, sondern einen noch hundert mal gefährlicheren Feind: die stark organisierte Armee der Frauen, die ihnen den Krieg erklärt. In diesem Augenblick wird dem Fleisch der Krieg erklärt. Jede von uns muß aber auch gegen die anderen Lebensmittel kämpfen, wenn es nötig ist, und kann überzeugt sein, daß dieser Kampf siegreich sein wird.“

Der Aufruf ist unterzeichnet von dem Katholischen Frauenverband, der Nationalen Frauenorganisation, dem Christlichen Frauenschutz, dem Bürgerlichen Verband in der Organisation christlicher Handwerker, dem Verband der Schulleiterinnen, dem christlichen Berufsverband der Handarbeiterinnen, dem Frauenverband der Gesellschaft „Rozwój“.

Republik Polen.

† **Der Staatspräsident** wird die Feiertage in **Wilna** verleben. Er reist voraussichtlich am Freitag abend dorthin ab.

† **Als außerordentlicher Kommissar zum Kampf gegen die Teuerung** soll Philipp Schleicher, Vizepräsident der Stadt Lemberg, in Aussicht genommen sein.

† **Finanzminister Michalski** hat eine Konferenz über Fragen der Finanzierung der Baubewegung einberufen.

† **Das Hauptlandamt** soll nach einer Mitteilung des „Przegląd Wieczorny“ in ein Ministerium der Agrarreform umgewandelt werden. — Eine andere Meldung besagt: Die Regierung hat ihre Stellungnahme zur Frage der Besetzung der Präsidentenposten des Hauptlandamts geändert und beschlossen, auf diesen Posten einen Fachmann, den Leiter des Lemberger Bezirksamtes, Orzechowski, zu berufen, weil die Umbildung des Hauptlandamtes in ein besonderes Ministerium zu viel Zeit in Anspruch nehmen würde.

† **Ein Nachspiel der Dojlida-Affäre.** Nach einer Mitteilung des „Kurj. Poranny“ wird die Dojlida-Angelegenheit ein Nachspiel vor dem im Art. 63 der Geschäftsordnung des Sejm vorgesehenen Ehrengericht der Sejmabgeordneten haben. Der ehemalige Präsident des Hauptlandamtes, Abg. Dr. Kiernik, hat den nationaldemokratischen Abg. Stanißzkis, der in der denkwürdigen Sejmsitzung über die Dojlidaangelegenheit berichtete, vor dieses Ehrengericht laden lassen.

† **Die Bekämpfung der Teuerung.** Der außerordentliche Kommissar zur Bekämpfung der Teuerung wurde mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet. Alle Aufgaben wirtschaftlicher Natur, die in Verbindung mit der Teuerung stehen, wurden ihm zur Erledigung übergeben. Außerdem soll er Bestimmungen über die Ein- und Ausfuhr von Lebensmittelartikeln ersten Bedarfs treffen, ebenso nimmt er an den Beratungen des Ministerrates mit beschließender Stimme und im Wirtschaftskomitee dieses Rates teil. Die Durchführung der von dem Kommissar herausgegebenen Verordnungen werden in erster Instanz die Verwaltungsbehörden und dann die Staatspolizei in die Hand nehmen.

† **Der Erfolg der Miljonówka.** Die Millionenprämienanleihe ist, wie polnische Blätter berichten, vollständig ausverkauft. In Fachkreisen erwartet man ein wesentliches Steigen ihres Börsenkurses.

Deutsches Reich.

** **Die Grenzmark im Osten.** Der Verfassungsausschuß des Preußischen Landtages beendigte die Gesamtaussprache über das Gesetz zur Regelung der kommunalen Verfassung und Verwaltung in der Ostmark. Es liegt eine ganze Reihe von Abänderungsanträgen vor. In der Besprechung wiesen die Sozialdemokraten darauf hin, daß die Bildung einer Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen unwirtschaftlich und überflüssig sei. Sie schlugen die Angliederung der westlich des polnischen Korridors gelegenen Teile von Posen und Westpreußen an die Provinzen Pommern, Brandenburg und Schlesien vor. Abg. Katz (Komm.) sah in dem Gesetz eine nationale Geste und einen Protest gegen den Friedensvertrag; er lehnte es ab. Abg. Frau Pöhlmann (D. Vp.) trat ein für die Belassung des Landratsamtes in Tilsit. Der deutschnationale Abgeordnete v. Plehwe betonte, daß zwingende nationale und wirtschaftliche Gründe für die Errichtung einer Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen sprechen. Die Bevölkerung würde sich vom Vaterlande verlassen fühlen und den inneren Halt zum Widerstand gegenüber dem polnischen Nationalismus nur schwer aufbringen können. Deshalb bedürfe die Grenzmark einer besonderen Pflege durch den preußischen Staat. Eine Erhöhung der Provinzialdotation an die Provinz Ostpreußen seitens des Staates sei unbedingt notwendig. Zu unterstützen sei der Wunsch des Restkreises Marienwerder, den Namen „Westpreußen“ zu erhalten. Der Redner der Deutschen Volkspartei, Abg. v. Eynern, hielt die Gründung einer Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen auch aus verwaltungstechnischen Gründen für absolut notwendig.

** **Thüringische Abtrennungsbestrebungen.** In der letzten Sitzung der Meininger Gebietsvertretung kamen starke Mißstimmungen scharf zum Ausdruck. Während die Sozialisten betonten, daß die Abtrennungsbestrebungen nicht ernst zu nehmen seien, betonten die ländlichen Vertreter, daß diese Tendenzen sehr ernst seien und auch von meiningischen Sozialistenkreisen unterstützt würden. Die Thüringer Regierung habe allen Grund, die bisher unerfüllten Wünsche des Meininger Landtags, die auf dem Gebiete der Verwaltung und der Justiz liegen, zu beachten, wenn die von Bayern her unterstützten Abtrennungsbestrebungen nicht weiter an Bedeutung gewinnen sollen. Am schärfsten kamen diese Loslösungswünsche bisher in den Kreisen Hildburghausen, Sonneberg und Meiningen zum Ausdruck. Die Thüringer Regierung wendet dieser Frage die größte Aufmerksamkeit zu und ist bestrebt, den Abfall Südthüringens abzuwenden. Eingeweihten Kreisen erscheint es angesichts dieser Mißstimmungen gegen die Regierung nicht unwahrscheinlich, daß Landtagsneuwahlen noch vor Ablauf der jetzigen Landtagsperiode angeordnet werden.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 12. April.

Generallandschaftsrat a. D. Hoffmeyer-Zlotnik-Zlotniki †.

Das Deutschtum unseres Gebietsteils, namentlich deren Landwirtschaft, ist heut, Mittwoch, vormittag von einem furchtbaren Schlage betroffen worden: Generallandschaftsrat a. D. Hoffmeyer-Zlotnik-Zlotniki weilt nicht mehr unter den Lebenden; er wurde heut vormittag gegen 11 Uhr vor dem Raiffeisengebäude an der ul. Wjazdowa (fr. Berlinertor) von einem Schlaganfall betroffen und sofort von hilfsbereiten Händen in das Raiffeisengebäude geschafft, hauchte aber dort bereits nach wenigen Minuten seinen letzten Seufzer aus.

Fritz Hoffmeyer-Zlotnik war am 20. März 1860 auf Zlotniki (fr. Zlotnik) im Kreise Posen-West geboren, hat mithin soeben sein 62. Lebensjahr vollendet. Der Entschlafene gehörte mit zu den angesehensten und geschätztesten Großgrundbesitzern der ehemaligen Provinz Posen; seine ausgezeichneten Eigenschaften als Mensch, wie in seinem Beruf als Landwirt sicherten ihm in allen Kreisen und auf allen einschlägigen Gebieten eine hervorragende Stellung. Er bekleidete u. a. mehrere Jahre hindurch, bis die Änderung der politischen Verhältnisse ihn zur Niederlegung des Amtes zwangen, die Stellung eines Generallandschaftsrats mit großem Verständnis und Eifer für das verantwortungsvolle Amt, in dem er sich die Wertschätzung weiter Kreise ohne Unterschied der Nationalität erwarb. Mehrere Jahre hindurch war er Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses; militärisch bekleidete er den Rang eines Rittmeisters d. L. a. D. Als vor etwas länger als Jahresfrist die Organisation der deutschen Kreisbauernvereine ins Leben gerufen wurde, da gab es keinen geeigneteren Mann für die Führung des Hauptvereins, als den jetzt Entschlafenen, der sich mit bekannter Energie, unermüdlichem Fleiße und klarer Sachlichkeit den schweren Aufgaben als Vorsitzender dieser Organisation unterzog und das Schifflein als zuverlässiger Steuermann durch die brandenden Wogen hindurchleitete. Schier unermeßlich sind die Organisationen, denen er überall in führender Stellung seine Kräfte widmete; er gehörte dem Kuratorium des Posener Diakonissenhauses an, war Aufsichtsratsvorsitzender der Zuckerfabrik Samter, sowie Vorsitzender des Vorstandes der Posener Molkerei, Aufsichtsratsmitglied der Spiritusorganisation, der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., der Schwedter Hagel- und Feuerversicherungsgesellschaft usw. In allen diesen Ehrenstellungen, deren Zahl bei weitem nicht erschöpft ist, hat er sich mit unermüdlicher Pflichttreue und vorbildlichem Eifer, sowie klarem Verständnis seinen oft nicht leichten Aufgaben unterzogen. Dafür ist ihm der unauslöschliche Dank unbegrenzter Kreise über das Grab hinaus gewiß. An seinem Sarge trauern außer der schwergeprüften Familie, der tiefgebeugten Gattin mit zwei Töchtern und drei Söhnen, seine zahlreichen Berufsgenossen; und nicht nur die deutschen, sondern auch in polnischen Kreisen wird man das Andenken dieses aufrechten, warmherzigen Freundes mit dem goldenen Herzen, das kein Falsch kannte, in Ehren halten. Unersetzlich ist der Verlust für weite Kreise unseres Gebietsteils. Wir aber sagen mit einer geringen Umwandlung des Dichterwortes: „Ach, sie haben einen guten Mann verloren; uns war er mehr.“ hb.

Eine Bitte des Osterhasen. Daß der Osterhase nicht nur Eier legt, sondern auch dichtet, ist eine Errungenschaft der allerneuesten Zeit. Ob sie nützlich ist, wird sich erst zeigen. (Aber welch eine nützliche Errungenschaft wäre diese: wenn die Dichter nicht nur dichteten, sondern auch Eier legten.) Ein dichtender Osterhase hat sich heute bei uns eingestellt und hat sich folgendermaßen vernehmen lassen:

Man hat mich hier zwar angestellt
Für sündhaft teures, schweres Geld,
Daß ich recht viele Eier lege,
Doch komm ich nicht damit zuwege,

Denn alle, die im Lager sind,
Die Wolgaleute, Mann, Frau, Kind,
Die haben alle fast vergessen,
Man muß zu Ostern Eier essen.

Dabei tut's ihnen bitter not,
Man lebt ja nicht allein von Brot,
Sie sollen sich doch recht erholen,
Und dazu heißt, Ihr Deutsche in Polen!

Sagt's Euren lieben Kinderlein,
Wie sich die Wolgakinder freu'n,
Wenn auch bei ihnen zur Osterfeier
Der Hase bringt recht viele Eier.

Und nehmt zum Kuchen mal weniger,
Bringt die gesparrten alle her
Und sagt all' euern lieben Hennen,
Daß sie sich von ihren Eiern trennen.

Ich wär vom Legen schon ganz krank
Und wüßte ihnen großen Dank.
Euch aber sagt dann Gottes Lohn
Der Osterhase der Inneren Mission.

Die Einführung des neuen Stadtpräsidenten findet voraussichtlich in der ersten Stadtverordnetensitzung nach Ostern statt. In dieser Sitzung (am Mittwoch, dem 12. April) wird der Wojewode Dr. Celichowski die Einführung persönlich vollziehen.

✕ **Vom Städtischen Arbeitsnachweis in Posen.** Am Montag betrug die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen in der Männerabteilung 2381, darunter 2196 ungelernte und Transportarbeiter, 6 aus dem Handelsgewerbe, 87 Holz- und Metallarbeiter, 92 aus dem Baugewerbe; freie Stellen waren 24 angeboten; bei der Männerabteilung für Jugendliche 130 Arbeitslose, für die keine Stelle angeboten war; bei der Frauenabteilung für Erwachsene 50 Arbeitslose, davon 24 aus den Gewerben, 26 aus dem Handelsstande, Stellenangebote waren keine vorhanden; bei der Frauenabteilung für Jugendliche 15 Arbeitslose, für die ebenfalls keine freie Stelle vorhanden war.

* **Berent, 10. April.** Wie der hier erscheinende „Pomorzanin“ von maßgebender Stelle erfährt, sind die Gerüchte über die Teilung des Kreises Berent unbegründet. Eine solche Maßnahme könne nur der Gesetzgebende Sejm durchführen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	11. April	10. April
Kwilecki, Potocki i Ska.	255	—,—
Pozn. Bank Ziemian I.—III. Em.	230	230
„ „ „ IV. Em.	—,—	215
Arcona	—,—	310—320
R. Barcikowski	190	200
H. Cegielski I.—VII. Em.	—,—	230
H. Cegielski VIII. Em.	—,—	185—195
Centrala Rolników	205	—,—
Centrala Skór	275	280
Hemosan	—,—	180—175
Hurtownia Drogeryjna	170	170—165
Hurtownia Związkowa	—,—	155—165
Hurtownia Skór I. Em.	200	—,—
Juno	320	—,—
Lubań	—,—	1500
Dr. Roman May	—,—	580
Patria	600	600
Pozn. Spółka Drzewna I.—III.	1050	1050
„ „ „ IV.	790	790
„ „ „ V.	690—700—695	695
Sarmatia I. Em.	480	—,—
„ II.	430	—,—
Bentzki	—,—	540
Waggon Ostrowo	240	250
Włókno	—,—	200
Wytwornia Chemiczna I.—II. Em.	220—225	—,—
„ „ III. Em.	—,—	185—180

Auszahlung Berlin 1345—30. Umsatz: 1 250 000 dtsch. Mk.

Inoffizielle Kurse:	11. April	10. April
Bank Poznański	140—150	140
Bank Zjednoczenia	—,—	230
Brzeski-Auto II. Em.	—,—	240
Herzfeld-Viktorius	305	310
Kabel I. Em.	145	145
Papiernia, Bydgoszcz	210	205
Pneumatik	170	—,—
Precyzja	120	—,—
Trie	195	—,—
Wielk. Huta Miedzi	250	—,—
Wytw. Maszyn Młyńskich I—III Em.	—,—	340
Wytw. Maszyn Młyńskich IV.	—,—	310
Wyroby Ceramiczne Krotoschyn	165	165

Posener Viehmarkt vom 12. April 1922.

Es wurden gezahlt für 50 Kilogramm Lebendgewicht.

I. **Rinder:** A. **Ochsen** I. Sorte 15 500—16 500 M., II. S. 11 500—12 000 M., III. Sorte 5000 M. B. **Bullen** I. S. 15 500—16 500 M. II. Sorte 11 500—12 000 M., III. Sorte 5000 M. C. **Färsen und Kühe** I. Sorte 15 500—16 500 M., II. Sorte 11 500 bis 12 000 M., III. Sorte 5000 M. D. **Kälber** I. Sorte 14 000 bis 15 000 M., II. Sorte 12 000—13 000 M.

II. **Schafe** II. Sorte 9000—9500 M., III. Sorte 6500—7000 M.

III. **Schweine:** I. Sorte 28 000—29 000 M., II. Sorte 25 000 bis 25 500 M., III. Sorte 20 000—23 000 M.

Der Auftrieb betrug: 270 Rinder, 584 Kälber, 97 Schafe, 1354 Schweine. — Ferkel. — Tendenz: bei Rindern lebhaft, gut ausgemästete Rinder über Notiz; bei Schweinen und Kälbern ruhig.

Berliner Börsenbericht

vom 11. April

Diskonto-Komm.-Anleihe	490.—	Auszahlung Warschau	7.75
Danziger Priv.-Aktienbank	825.—	Polnische Noten	7.65
Ostbank	266.—	Auszahlung Holland	107.25
Hartmann Masch.-Aktien	999.—	„ London	1248.50
Phönix	1275.—	„ Newyork	281.50
Schuckert	720.—	„ Paris	2615.—
Hapag	474.75	„ Schweiz	5500.—
3½% Pos. Pfandbriefe	20.25		

= Danziger Börse vom 12. April: Polnische Mark: Geld 7,65, Brief 7,75; Dollar 290.

Kirchennachricht.

Kreuzkirche. Gründonnerstag, 9: Abendmahl. Paarmann. — Karfreitag, 10: Gd. u. A. Greulich.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, den 12. April.

Mariä Verkündigung (25. März) doch ein Festtag?

Bekanntlich herrschte am Tage „Mariä Verkündigung" (25. März) große Unklarheit darüber ob dieser Tag als gesetzlicher Feiertag anzusehen und mithin durch Sonntagsruhe zu begehen sei. Während ein großer Teil der Geschäfte die Läden geöffnet hielt und in Fabriken, Werkstätten usw. gearbeitet wurde, waren wieder andere, nach Erkundigungen an den zuständigen amtlichen Stellen der Meinung, daß der Tag als gesetzlicher Feiertag durch Geschlossenhalten der Geschäfte bzw. der Betriebe zu begehen sei. Zu den letzteren gehörte auch die „Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.", in der aufgrund einer gleich lautenden Auskunft des Starostwo Grodzkie, bzw. der Wojewodschaft am Tage Mariä Verkündigung nicht gearbeitet und das „Posener Tageblatt" nicht herausgegeben wurde. Da sämtliche polnischen Blätter an dem Tage erschienen, wandte sich die Posener Buchdruckerei beschwerdeführend über die offenbar irrtümliche Auskunft, die den Anlaß zum Nichterscheinen des „Pos. Tagebl." gegeben hatte, an die Wojewodschaft. Auf dieses Schreiben ist heute folgende vom 4. April datierte Antwort eingegangen:

„Auf das Schreiben vom 27 März d. Js. gibt die Wojewodschaft bekannt daß gemäß des Reskripts des Ministeriums für das ehem. preuß. Teilgebiet (Präsidialabteilung) vom 22. März d. Js. L. 1—1090/22 der 25. März als Feiertag anerkannt ist.

Auffällig bleibt es angesichts dieser Auskunft, daß in den staatlichen Betrieben, z. B. in den Eisenbahnwerkstätten, in den Militärwerkstätten u. s. w. am 25 März gearbeitet wurde. Auch in Warschau scheint man beim Ministerium die hiesige Auffassung nicht zu teilen, denn von dort kam auf telegraphische Beschwerde, die von Bromberg aus eingelegt worden war, die Auskunft daß der Tag „Maria Verkündigung" kein Feiertag sei. Unter diesen Umständen dürfte im nächsten Jahre wieder das Frage- und Antwortspiel von neuem losgehen welche Auffassung die richtige ist, ob die des inzwischen liquidierten Ministeriums für das ehemals preußische Teilgebiet oder die des Warschauer Ministeriums.

Matthäus-Passion. Da fast sämtliche Eintrittskarten verkauft waren, eine erfreulich starke Nachfrage nach solchen aber noch vorhanden ist, so sind noch 150 Stühle und andere Sitz-Gelegenheiten beschafft worden, und mit dem heutigen Tage werden noch je 50 Karten für 1000 M., 600 und 300 M. zum Verkauf bei Bote u. Bock (W. Gösta) und in der Ev. Vereinsbuchhandlung ausgegeben. An den Kirchtüren findet bestimmt kein Verkauf von Eintrittskarten mehr statt; nur der vollständige Text (16 Druckseiten) wird für 50 M. dort zu haben sein. Die Kreuzkirche wird Punkt 4 Uhr geöffnet werden; ein früheres Kommen hat keinen Zweck. — Frl. Lotte Mäder aus Leipzig ist erkrankt; an ihrer Stelle wird Fräulein Elisabeth Ohlhoff, die bekannte hervorragende Berliner Bachsängerin, die Sopran-Partie singen. An der neulichen Notiz betreffend die mitwirkenden Kräfte ist noch zu verbessern, daß nur 25 Herren vom Orchester des Teatr Wielki mitwirken, während die anderen 12 Herren, die das Orchester verstärken, dem Verbande des Teatr Wielki nicht angehören. — Endlich sei noch einmal daran erinnert, daß unbedingt pünktlich um 4 Uhr 45 Min. begonnen werden muß. Das Werk dauert ohne jede Pause 2½ Stunde. Die Aufführung muß Punkt 7¼ Uhr zu Ende sein, damit von den auswärtigen Besuchern die entsprechenden Zuganschlüsse erreicht werden. Auf irgendwelche Zuspätkommende kann also keine Rücksicht genommen werden; es findet niemand Einlaß.

Der Diakonissenhausverein Thorn-Mocker veranstaltet am Donnerstag dem 27. d. Mts., nachm. 4 Uhr, im Viktoriapark (am Beginn der Culmer Chaussee) zu Thorn seinen diesjährigen Bazar zum Besten des Diakonissenkrankenhauses. Weit über die Grenzen des Thorner Kreises hinaus ist das Diakonissenhaus in Mocker bekannt und seine Krankenpflege begehrt. Darum ist seit Jahren der Diakonissenhausbazar eine der volkstümlichsten und erfolgreichsten Veranstaltungen weitester Kreise aus Stadt und Land. Wie seine Aufgaben, so ist in diesem Jahre auch seine räumliche Ausdehnung gewachsen, und es werden hundert fleißige Hände sich in den großen Räumen des Viktoriaparks rühren um am 27. April einen großzügigen Dienst der Liebe für unsere Kranken zu leisten. Wer ein warmes Herz hat, spende Körbe und reiche Gaben, vor allem aber, wer verständnisvolle Liebe für unsere Kranken hat, wird gewiß nicht bloß mit kostbaren Erzeugnissen seiner Wirtschaft aus Küche und Keller seine lichten Schatten vorauswerfen, sondern auch persönlich sein Verständnis für das in der Gegenwart wichtigste Liebeswerk bekunden. Möge der Bazar eine große Heerschau über alle diejenigen aus Stadt und Land darstellen die sich dem Diakonissenhause zu Liebe oder Dank verpflichtet fühlen, denn die Teuerung verlangt auch hier ein großes Aufgebot.

× **Eine Kirchensammlung für das Syrische Waisenhaus** findet in allen Kirchen der unierten evangelischen Kirche am Karfreitag, dem 14. April, nach den Gottesdiensten statt.

Verkauf einer deutschen Buchhandlung. Herr Albert Jolowicz, Inhaber der seit 60 Jahren bestehenden Firma Joseph Jolowicz Buchhandlung und Antiquariat, hat sein Geschäft an Herrn Edw. Pawlowski, Direktor der Drukarnia Polska, verkauft. Der Vater des bisherigen Inhabers, Herr Joseph Jolowicz, begründete im Oktober 1862 die Firma. Bei seiner großen Sachkenntnis und regem Fleiß gelang es ihm, das Geschäft zu hoher Blüte zu bringen und ihm einen geachteten Namen im deutschen Buchhandel zu verschaffen. Neben dem Sortiment und dem Verlag widmete er sich in erster Reihe dem wissenschaftlichen Antiquariat und gab im Laufe der Jahrzehnte 186 Antiquariatkataloge heraus. An hervorragender Stelle war er im Berufsleben tätig. Jahrelang als Vorsitzender des Posener Provinzialbuchhändlerverbandes, in vielen Kommissionen des Börsenvereins der deutschen Buchhändler, Leipzig. Er war auch Mitbegründer der Historischen Gesellschaft in Posen, und betätigte sich mit zahlreichen Artikeln schriftstellerisch an deren Publikationen. Sein Spezialgebiet war polnische Bibliographie. Nach seinem im Mai 1907 erfolgten Tode wurde sein Sohn, der ihm schon 20 Jahre beruflich zur Seite stand, und seit 1904 sein Sozius war, alleiniger Inhaber. Herr Albert Jolowicz führte das Geschäft im Sinne des Begründers in der altbewährten und gleichzeitig erfolgreichen Weise weiter. Auch er betätigte sich erfolgreich am buchhändlerischen Vereinsleben und war viele Jahre im Vorstand des Posener Provinzialbuchhändlervereins tätig. — Mit dem Übergang der Jolowiczschen Buchhandlung in andere Hände verschwindet Posens älteste und bekannteste deutsche Buchhandlung. Wie Herr Jolowicz uns mitteilt, werden alle laufenden geschäftlichen Angelegenheiten gegenwärtig von ihm in seiner Privatwohnung Aleje Marcinkowskiego 3 III (im Hause der Handelskammer) erledigt.

Zuchtviehversteigerung. Die Versteigerungsverzeichnisse zu der am Mittwoch, dem 26. d. Mts., in Danzig-Langfuhr, Husarenkaserne I, stattfindenden 94. Zuchtviehversteigerung der „Danziger Herdbuchgesellschaft" sind erschienen und können kostenlos von der Geschäftsstelle Danzig, Sandgrube 21 bezogen werden.

× **Zur Ergänzung unseres gestrigen Berichts über den Automobildiebstahl** in der ul. Rzeczypospolitej 2 (fr. Lindenstr.) teilen wir noch mit, daß die Spitzbuben sich gleichzeitig auf das beste mit Kleidungsstücken der geschädigten Firma ausgestattet haben, indem sie drei Pelze, und zwar einen schwarzen, einen weißen und einen gelb gebeizten, außerdem einen schwarzen Ledermantel, einen grauen Sommermantel stahlen. Weiter nahmen sie eine Armeepistole, verschiedene Reserveteile und eine Autobrille mit sich.

× **Beschlagnahmte Diebesbeute.** Einem Manne, der mit einem Kastenwagen fuhr, wurde ein Sack mit einer Kiste mit 17 Paketen dreizölliger Nägel, drei Rollen Bindedraht und 6 Meter Bleirohr abgenommen, die vermutlich aus einem Diebstahl herrühren. Die Gegenstände können im 2. Polizeirevier in der Wielkie Garbary (Gr. Gerberstr.) besichtigt werden.

× **Einbruchsdiebstähle.** Aus einem Laden in der ul. Kramarska 10/11 (fr. Krämerstr.) wurden durch nächtlichen Einbruch ein Ballen dunkelblauer Stoff, ein Ballen aschgrauer, karierter, ein Ballen mit grauem Stoff, zwei Ballen weiße Leinwand, 54 Meter Batist in Stücken zu 9 Meter und 22 weiße Handtücher im Gesamtwerte von 250 000 M. gestohlen. — Aus einem Schaufenster der ul. Wrocławska 30 (fr. Breslauer Str.) wurden in der Nacht zum Dienstag zwei goldene Uhren, eine 18karätige, mit drei Kapseln und eine 14karätige Ankeruhr, auf deren Innendeckel die Worte „Istry precise" eingraviert sind, im Gesamtwerte von 475 000 M. gestohlen.

Besitzwechsel.

s. **Schroda,** 11. April. Das Rittergut Czerleino hat sein Besitzer Hans Friederici an den Pächter des Gutes Gondek, von Stabrowski, verkauft. Die Übernahme hat bereits stattgefunden.

* **Inowroclaw** 11. April. Der „Kuj. Bote" schreibt: Die Polizei hat im öffentlichen Interesse die hiesige Restauration von Jozef Sierakowski Dworcowa 40 welche seit längerer Zeit als Diebes- und Hehlernest bekannt ist, am 7. d. Mts. geschlossen. Vom Hofe der hiesigen Militär-Bäckerei sind im Winter v. Js. etwa 300 Zentner Steinkohle gestohlen worden. Des Diebstahls dringend verdächtig erscheint der in den beim Kaufmann Gierkowski ausgeübten Diebstahl verwickelte Arbeiter Piasecki, Dworcowa 40, welcher sich seit dem 9. d. Mts. in Untersuchungshaft befindet. Piasecki betrieb den Kohlendiebstahl und Verkauf der gestohlenen Kohle gewerbsmäßig und hatte sein Kohlenlager in der Kegelbahn von Sierakowski, welche hart an die Militärbäckerei grenzt. Eines Morgens im Monat Dezember v. Js. beobachteten Hausbewohner des Grundstückes ul. Dworcowa 40, wie Piasecki sogar auf einen mit Pferden bespannten Wagen 8 Säcke Kohlen auflud und nach der ul. Szeroka 40 abfuhr. Hand- und Ziehwagen wurden fast täglich mit Kohlen beladen und fortgeschafft. Der Kohlenhandel wurde im Großen betrieben. Sierakowski selbst, der seit dem 10. d. Mts. wegen Hehlerei in Untersuchungshaft sich befindet, deckte seinen Bedarf an Kohlen während des Winters bei Piasecki gegen Schnaps. Das energische Einschreiten der Polizei, indem sie Sierakowski und Piasecki hinter Schloß und Riegel brachte, sowie die Schließung der Sierakowskischen Restauration veranlaßte, verdient volle Anerkennung und hat in der Öffentlichkeit Beruhigung und Befriedigung hervorgerufen.

* **Putzig,** 11. April. Ein Eisenbahnunfall ereignete sich zwischen den Stationen Krokow und Slawoszyn im Kreise Putzig. Der von Krokow abgelassene Zug entgleiste aus unbekannten Gründen, konnte aber auf dem Damm zum Stehen gebracht werden. Personen sind dabei nicht zu Schaden gekommen. Der Verkehr war auf der Strecke zwei Tage hindurch gesperrt.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Warschau,** 11. April. Hier wurden auf Antrag des Bezirksamts zur Bekämpfung des Wuchers sechs Fleischspekulanten verhaftet, die als Haupt-Engros-Viehhändler sich verabredeten, den Einkauf von Vieh und Verkauf von Fleisch einzustellen, um dadurch die Erlassung höherer Maximalpreise zu erzwingen. Es wurden verhaftet: Aron Landmann, Martin und Czesław Szymański, Anton Gettel, Felix Zieliński und Bolesław Kulczyński. Die Bemühungen der Familien, die Verhafteten gegen Kaution freizubekommen, wurden nicht berücksichtigt.

* **Lodz,** 10. April. In Radogosz erschoß der Kanzlist Josef Odrowski seine ihm erst vor fünf Wochen angetraute 21jährige Frau Helene, geb. Kędzierska, nachdem er sie unmittelbar nach der Trauung des Ehebruchs bezichtigt hatte, durch vier Revolverschüsse auf offener Straße. Der Gattenmörder wurde verhaftet.

* **Radom,** 11. April. Vor einigen Tagen wurden auf der Chaussee bei Szydlowiec zwei Männer verhaftet, die von der Polizei als Teilnehmer beim Raubüberfall bei Radom am 15. März erkannt wurden. Als die Verhafteten nach dem Polizeikommissariat gebracht wurden und verhaftet werden sollten, zog plötzlich einer von ihnen einen Revolver und schoß den Polizisten, der ihn revidieren wollte, nieder. Ein anderer Polizist feuerte nun auf den Banditen einen Schuß ab und tötete ihn auf der Stelle. Der Getötete erwies sich, wie der „Głos Lubelski" berichtet, als ein gewisser Zurawski, der in Radom und Chelm als Vertrauensmann der P. P. S. bekannt war und mehrere Streiks organisierte.

Aus Ostdeutschland.

* **Aus Ostpreußen,** 10. April. Wie aus Goldaper Försterkreisen mitgeteilt wird, sind nach Erlegung des Wolfes im Belauf Schwentischken in verschiedenen Revieren weitere Wölfe verspürt worden, auf die jetzt Jagd gemacht wird. Die Tiere sind durch das verendete Wild, das infolge des starken Winters den Tod fand, angelockt worden.

* **Ahlbeck,** 11. April. Hier bemerkten die Fischer 50 Meter vom Ufer entfernt einen Delphin, der auf Strand geraten war. Man brachte ihn an Land, wo festgestellt wurde, daß es ein schwarzer Grind-Delphin war, der sich in der Ostsee sehr selten zeigt. Er hat eine Länge von 5 Metern. Der Rogen des Fisches wog 40 Pfund. Vor 20 Jahren brachten Ahlbecker Fischer ein ähnliches Tier an Land, das damals nach Berlin zur Ausstellung verkauft wurde.

Aus dem Gerichtssaale.

* **Lodz,** 10. April. Im Mai 1921 wurde in der Wohnung eines gewissen Stanisław Głowacki, der der kommunistischen Agitation verdächtig war, eine Haussuchung vorgenommen, bei der eine Photographie gefunden wurde, die die Aufschrift trug: „Głowacki Stanisław, Pseudonyme Jastrząb und Stefan." In der Wohnung seines Vaters Josef und seines Bruders Marjan fand man ferner kommunistische Aufrufe. Stanisław Głowacki gestand, daß diese sein Eigentum sind. Im Laufe der Untersuchung stellte es sich heraus, daß Stanisław Vorsitzender des kommunistischen Kreises in Baluty war. Man fand ferner auf dem Marjawiten-Friedhofe von ihm vergrabene Granaten und Sprengstoffe. Das Bezirksgericht, vor dem sich Głowacki zu verantworten hatte, verurteilte ihn zu 7 Jahren Kerker.

* **Landsberg a. W.,** 11. April. Der 58 Jahre alte Landwirt Wilhelm Gerhardt aus Vietz wurde vom hiesigen Schwurgericht wegen versuchten Mordes zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Am 27. Oktober v. Js. wurde auf den Eigentümer Gruse durch das Fenster seiner Wohnung ein Revolverschuß abgegeben, der indes nicht traf. Alle Ermittelungen nach dem Täter blieben erfolglos, bis sich durch eine Reihe merkwürdiger Umstände der Verdacht auf den jetzt Verurteilten lenkte. Er leugnete schließlich nicht, den Schuß abgegeben zu haben, doch habe er Gruse nur erschrecken wollen. Eine ausschlaggebende Rolle für die Beurteilung der Tat spielte das Verhalten von Frau Gruse, die auf die Frage über ihren Verkehr mit dem Täter das Zeugnis verweigerte.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

W. M. 262. Sie haben das Recht, hier als Ausländer zu verbleiben. Die Liquidierung ist nicht zu befürchten. Die Option kann nicht rückgängig gemacht werden.

H. E. in W. Selbstverständlich waren Sie zur Herausgabe der gestohlenen Kuh verpflichtet, wenn Sie auch nicht wußten, daß sie gestohlen war. Schadenersatzpflichtig ist gesetzlich derjenige, der Ihnen die Kuh verkauft hat.

F. M. in O. 1. Uns unbekannt. 2. Nur über Hamburg. 3. Uns unbekannt.

Frauenzeitung des Posener Tageblatts.

Geschäftsbericht des Frauenbundes in Posen

(Vorgelesen in der Mitgliederversammlung am 17. März 1922.)

Der Zeitabschnitt zwischen der letzten Mitgliederversammlung am 15. April 1920 und der diesjährigen steht im Zeichen einer starken Konzentration aller Frauenarbeit. Der Frauenbund hat zwar die Aufgabe, jede selbsttätige Frauenarbeit zu Recht bestehen zu lassen, zu stützen und zu fördern, deshalb sind in seinem Beirat auch Mitglieder aller weiblichen Interessen- und Berufsvereinigungen vertreten, die laufend über ihre Einzelarbeit unterrichten und Anregungen für den Ausbau ihrer Organisationen erhalten; aber die starke Verminderung der deutschen Bevölkerung in unserem Gebiete überhaupt bewirkte auch ein Zusammenschmelzen der selbständigen Frauenorganisationen und brachte es mit sich, daß manche Arbeit, die für das Gedeihen der Frauenwelt wichtig erscheint, vom Frauenbund übernommen werden mußte.

Die Erfüllung der Aufgaben, die an den Frauenbund durch Anregungen der hiesigen Frauen herangebracht und von Vorstand und Beirat ausgestaltet werden, geschieht durch Arbeitsgemeinschaften. Zu solchen vereinigen sich einzelne Frauen, die für die besonderen Arbeitsgebiete das notwendige Verständnis und die Kenntnisse mitbringen. Wie überall ist das Bestehen dieser Arbeitsgemeinschaften zeitweilig durch die Abwanderung in Frage gestellt gewesen. Es haben sich aber — meist durch die Vorsorge der Scheidenden — stets die geeigneten Nachfolgerinnen gefunden, so daß die einzelne Arbeit, wenn auch zeitweilig eingeschränkt, doch nie unterbrochen zu werden brauchte.

Gegenwärtig nach dem Ablauf der Optionszeit ist eine gewisse Festigung der Verhältnisse hier zu erwarten, die sicherlich auch der Arbeit des Frauenbundes zugute kommen wird, da die einzelnen Leiterinnen Gelegenheit haben werden, sich mit ihren Mitarbeiterinnen in ihren Aufgabenkreis einzuleben und denselben nach allen Richtungen hin auszubauen.

Für den häuslichen Wirkungskreis der Stadt- und Landfrauen in unserem Gebiet wurde die Tätigkeit des hauswirtschaftlichen Frauenausschusses besonders wichtig. Hier wurden in theoretischen Vorträgen und praktischen Kursen die Kenntnisse auf dem Gebiet von Küche und Haushalt zu vertiefen und zu erweitern versucht, wobei auf die besondere Lage der Verhältnisse in unserem Gebiet besonders Rücksicht genommen wurde. Unter anderem wurden folgende Vorträge gehalten: Praktische Winke für das Einkochen von Obst und Gemüse, Sortenbau im Küchengarten, Spinnen und Weben, Gesundheitspflege im Haushalt. Es fanden ferner im Jahre 1920 ein Schneiderkursus, ein Schuhkursus und ein Handarbeitskursus, im Jahre 1921 ein Spinnkursus statt. Der Spinnkursus, der für das Jahr 1922 geplant war, mußte aus Mangel an Beteiligung ausfallen. Der Grund dafür ist vielleicht in der schlechten Witterung zu suchen. Es ist jedoch auch möglich, daß dieser Zweig des Hausfleißes sich in den kleinen Städten und auf dem Lande wegen der augenblicklich so bedeutenden Notwendigkeit dafür bereits in genügender Weise eingebürgert hat. — Der Gefahr einer einseitigen Berücksichtigung städtischer Verhältnisse im Haushalte, die bei der vorwiegend städtischen Zusammensetzung des Beirats vorliegen könnte, wurde durch Veranstaltung eines Landfrauentages am 24. und 25. April 1921 zu begegnen versucht. Das Thema dieses Tages hieß: „Frauenarbeit auf dem Lande."

Zu einer engen Verbindung der Interessen von Stadt- und Landfrauen kam es in der Frage der Unterbringung von Kindern in Posener Pensionen; einer Frage, die durch die Entwicklung der Schulverhältnisse in unserem Gebiet brennend geworden ist. Der Frauenbund fing im Sommer 1920 mit der Prüfung und Sammlung von geeigneten Pensionen in der Stadt an, vermittelte die Verträge und stellte eine Hausordnung auf. Schon nach kurzer Zeit ergab es sich jedoch, daß die Pensionen in Posen nicht ausreichten und es außerdem wünschenswert war, eine Normalpension zu haben. Deshalb eröffnete der Frauenbund bereits zu derselben Zeit, als das Deutsche Privatgymnasium sein erstes Schuljahr begann, eine Knabenpension. Der Frauenbund vermittelt jedoch auch noch nach Gründung des eigenen Pensionats Pensionen für Kinder in der Stadt und steht den Pensionsmüttern in allen Fällen mit Rat und Auskunft zur Seite. Die Festsetzung der Pensionspreise macht unter den jetzigen Preisverhältnissen große Schwierigkeiten. Es hat sich daher der Brauch ausgebildet, daß die Posener Pensionsmütter einmal monatlich im Frauenbund zusammenkommen und unter Zugrundelegung einer Aufstellung der notwendigen Lebensmittel, die sich aus der Praxis ergeben hat, die Berechnung des Monatspreises vornehmen, so daß sowohl eine ordentliche Ernährung der Zöglinge als auch eine Wahrung der berechtigten materiellen Interessen der Pensionsinhaberinnen gewährleistet sind. Für letztere ist eine vernünftige Kalkulation die unerläßliche Vorbedingung. Deshalb beschäftigt das Problem einer Schulung der Frauen, die bisher größeren Betrieben noch nicht vorgestanden haben, in der Rechnungsführung diese Versammlungen sehr stark.

In der Einsicht, daß der hauswirtschaftlichen Erziehung der Mädchen gerade in unserer Zeit ernsthafte Bemühungen zuteil werden müssen, wird die Haushaltungsschule Janowitz weitergeführt. Mit der Leitung der Schule ist ein besonderes Kuratorium betraut worden, dessen Mitglieder zum größten Teil in der Nähe von Janowitz wohnen, daher besonderes Interesse an dem Gedeihen der Schule und auch die Möglichkeit haben, selbst nach dem Rechten zu sehen. Die technische Leitung liegt in den Händen von zwei hauswirtschaftlichen Lehrerinnen mit voller Ausbildung und einer Hilfskraft. Trotz des hohen und im Laufe des Halbjahres stetig gestiegenen Pensionspreises war die Beteiligung und die Arbeitsfreudigkeit der 21 Schülerinnen und die Anteilnahme der Eltern dauernd rege. Das bewies besonders deutlich ein stark besuchtes Adventsfest, bei dem auch noch ein namhafter materieller Erfolg für die Frauenhilfe in Janowitz herausgekommen ist.

Zu den Arbeitsgebieten, die der Frauenbund übernehmen mußte, weil die ursprünglichen Trägerinnen dazu nicht weiter in der Lage waren, gehört die Berufsberatung, für die der Frauenbund im Juli 1920 eine eigene Arbeitskraft eingestellt hat. Mit der Berufsberatung, die naturgemäß hauptsächlich in der Zeit der Schulentlassung zu arbeiten hat, war von vornherein eine Arbeitsvermittlung verbunden. Zum Ostertermin 1921 wurde als Vorbereitung auf die Berufswahl in den hiesigen deutschen Schulen für Eltern und die zur Entlassung kommenden Kinder drei Vorträge gehalten. Der erste über Handwerksberufe, der zweite über kaufmännische und Bureauberufe, der dritte über hauswirtschaftliche Berufe. In der Provinz wurde hauptsächlich mit Flugblättern gearbeitet, die die Wichtigkeit einer geeigneten Berufswahl hervorhoben und auf die Berufsberatungsstelle in Posen hinwiesen. Diese Beratung ist auch stark in Anspruch genommen worden, vor allen Dingen deshalb, weil sich die Berufsberatungsstelle auch mit Lehrstellenvermittlung beschäftigte und auch Stipendien an besonders Bedürftige zu vermitteln mußte.

Der Ausschuß für Sport und Wanderung veranstaltete während der Sommermonate Ausflüge in die nähere und weitere Umgebung von Posen, und zwar um allen Deutschen die Teilnahme zu ermöglichen, abwechselnd an Sonn- und Wochentagen, Halbtags- und Tagesausflüge. Diese Ausflüge dienten neben den sportlichen auch den geselligen Bedürfnissen unserer Bevölkerung. Speziell für die Jugend wurde im Sommer 1920 und 1921 ein Tennisplatz an mehreren Nachmittagen der Woche gemietet, der besonders im letzten Sommer stark in Anspruch genommen worden ist.

Eine der vornehmsten Aufgaben des Frauenbundes besteht in der Sammlung der gesamten weiblichen deutschen Bevölkerung, die hier vielfach unter so ganz anderen Verhältnissen als in den vorhergegangenen Jahren leben muß. Es ist unser Bestreben, diese Frauen sämtlich für unsere Kultur- und Wirtschaftsarbeit zu gewinnen. Der Frauenbund ist sich jedoch bewußt, daß der Weg dazu bei Frauen anders ist als bei Männern, und daß durch die Anbahnung persönlicher und freundschaftlicher Beziehungen die Arbeit wesentlich erleichtert wird.

Dieser Erwägung und dem Wunsche, vielen Frauen über die Vereinsamung ihres jetzigen Lebens hinwegzuhelfen, trägt der Frauenbund Rechnung bei der Veranstaltung von geselligen Zusammenkünften, die gewöhnlich als Teenachmittage einmal im Monat stattfinden und bei denen gegenseitiges Kennenlernen die Hauptsache ist. Daneben wird deutsche Hauskunst geboten, damit das Verständnis und die Liebe dazu nicht vergessen werden.

Für die kulturellen Bedürfnisse der hiesigen Frauenwelt sorgt ein kleines Zeitschriftenarchiv von Blättern, die Fraueninteressen behandeln. Es wird durch die einzelnen Mitglieder ergänzt, die Zeitschriften aus ihrem Besitz zur Verfügung stellen. Das Archiv ist den Mitgliedern des Frauenbundes in der Geschäftsstelle selbst zugänglich. Außerdem werden Artikel, die für uns von ganz besonderer Bedeutung sind, bearbeitet, um dann in unsere Presse Eingang zu finden, in Zusammenkünften der Frauen bekanntgegeben zu werden oder zur Ergänzung der Mitteilungen an unsere Provinzialvereine zu dienen.

Von den Volksunterhaltungen, die während der Wintermonate zu mäßigen Preisen für die deutsche Bevölkerung veranstaltet werden, hat der Frauenbund die Bunten Abende übertragen bekommen. Er übernahm damit die Erbschaft des Frauenvereins „Volkswohl". Im Winter 1920/21 veranstaltete der Frauenbund eine Adventsfeier, eine Volksunterhaltung mit dem Titel „Reigen und Tänze", im Juni 1921 ein Märchenspiel „Hänsel und Gretel". Im Dezember 1920 wurden für die untersten Klassen der deutschen Schulen Lichtbildervorträge über unsere volkstümlichsten Märchen mit ergänzender Erzählung veranstaltet. Weihnachten 1920 und 1921 führten auf Veranlassung des Frauenbundes Kinder der hiesigen Mittelschule ein volkstümliches Krippenspiel auf. 1921 wurde es einmal unentgeltlich für Kinder der Volksschule gegeben und mußte so die Weihnachtsbescherung ersetzen, die in den vorhergegangenen Jahren vom Frauenbund veranstaltet worden war.

Leselust und Lesewut.

Ein Erziehungskapitel.

Dank der heutigen Lebensmethoden lernt das neueingetretene Schulkind, normale Begabung vorausgesetzt, sehr bald lesen. Sind die ersten Schwierigkeiten überwunden, öffnet sich ihm eine ganz neue Welt. Jedes Buch vermittelt dem Kinde eine Fülle der Anregung und des Wissens, nach dem es begierig greift. Leselust und Lesewut, das sind die charakteristischen, sich nacheinander entwickelnden Stadien der Besitzergreifung auf geistigem Gebiet. Sorgliche Eltern dürfen an diesen Erscheinungen nicht achtlos vorübergehen, sondern haben auf der einen Seite dem berechtigten Bedürfnis nach Lesestoff stattzugeben, auf der anderen die Schädlichkeiten allzu umfangreicher und allzu wahlloser Lektüre verständnisvoll zu verhüten. Die meisten Kinder lesen außerordentlich gern. Zwei Ursachen sind es, die dazu führen: einmal der Wunsch, recht viel Interessantes zu erfahren, und daneben das Verlangen, die Fähigkeit des Lesens, die dem Kinde durch den Schulunterricht vermittelt wurde, auch im eigenen Interesse auszuüben. Das Sehnen des Kindes nach Selbsttätigkeit wird durch den Leseunterricht zum Teil in neue Bahnen gelenkt und sucht nun Befriedigung.

Wir müßten es als ganz unnatürlich ansehen, wenn es anders wäre. Ein normales Kind muß eine gewisse Neugier zeigen, es muß den Gesprächen Erwachsener, wenn sie für den kindlichen Geist nur halbwegs verständlich sind, mit Spannung folgen, es muß später den Lesestoff, der seiner Fassungskraft angemessen ist, mit heißer Begierde aufnehmen. Jedes einigermaßen begabte Kind macht darin früher oder später eine Periode durch, die für seine geistige Entwicklung von größter Bedeutung werden kann: die Periode der Lesewut.

Urplötzlich wird das Kind davon erfaßt. Nichts anderes gewährt dann Reiz. Die Spiele mit Geschwistern und Freunden, das Herumtummeln im Garten oder auf der Straße, selbst Eisenbahn und Rodelschlitten, — alles versinkt völlig hinter der magischen Anziehungskraft, die plötzlich von der Welt der Bücher ausgeht. Und es wird alles wahllos verschlungen, was dem Kinde in die Hände fällt. Tatsächlich ist „verschlungen" das einzig richtige Wort dafür. Ganz wie der junge, sich streckende Körper plötzlich in gewaltiges Wachstum gerät und Monat für Monat ein paar Zentimeter in die Höhe schießt, infolgedessen nun auch ein Nahrungsbedürfnis zeigt, das durch die für Kinder sonst genügenden Nahrungsmengen nicht zu befriedigen ist, — ganz so ergeht es hier auch dem wachsenden und sich plötzlich dehnenden Geiste. Die bisherige Menge der Nahrungsmittel genügt ihm nicht mehr. Er muß an geistiger Nahrung das Doppelte, das Dreifache, das Fünffache zu sich nehmen, um seinem Aufnahmebedürfnis Genüge zu tun. Alle guten Ratschläge, die Lesewut der Kinder durch das Gegengewicht fröhlichen Spiels im Freien zu bekämpfen, werden vergeblich sein. Die Lesewut durch das strenge Verbot, überhaupt zu lesen, auszurotten, ist über die Maßen töricht, schon weil es ganz undurchführbar ist. Verbote sollten nur erlassen werden, wenn man ihre Durchführung erzwingen kann. Wir wissen aber wohl aus unseren eigenen Kinderjahren, welche erfinderischen Wege ein Kind einzuschlagen weiß, dem das Lesen verboten ist und das doch mit allen Sinnen danach hungert, die geliebten Bücher zu verschlingen.

Man muß vielmehr dem jungen Geiste auch eine stürmische Entwicklung zugute halten. Wollte man versuchen, allzu vieles Lesen durch das Verbot des Lesens überhaupt zu bekämpfen, so würde die Folge nur sein, daß das Kind heimlich liest — und dann selbstverständlich viel Schlechteres, als es unter den Augen der Eltern zu lesen sich getraut. Auch hier wird gewiß viel Minderwertiges und manches geradezu Schlechte mit unterlaufen, schon weil die Auswahl der Jugendschriften in vielen Fällen nicht mit wirklich eindringender Sachkenntnis erfolgt. Wenn das Kind aber unter den Augen der Eltern liest und lesen darf, so wird sich unter seinem Lesestoff sehr viel mehr Gutes befinden, und der Lesetrieb läßt sich dann auch fast unmerklich auf gute Bücher hinlenken. Mit dem Augenblick dagegen, wo dem Kinde das Lesen überhaupt verboten wird, fällt es mit Sicherheit allen möglichen Formen der schlechten Literatur zum Opfer. Darum also: mit Verständnis diesem starken Trieb zum Lesen nachgeben, um so eher wird er sich überleben.

Umschau.

Die Nationalität verheirateter Frauen in England. Im englischen Unterhause ist soeben eine Vorlage eingebracht worden, die den Zweck hat, die Nationalität verheirateter Frauen zu regeln. Nach dem bestehenden Rechte verliert eine Engländerin, die einen Nichtengländer heiratet, ihre Nationalität und nimmt die ihres Gatten an, ebenso wie eine Ausländerin, die einen Engländer heiratet, dadurch die englische Nationalität erwirbt. Die Vorlage, die auch von den beiden weiblichen Unterhausmitgliedern, Lady Astor und Mrs. Wintringham, unterstützt wird, will hierin Wandel schaffen, so daß die einen Ausländer heiratende Engländerin ihre Nationalität behält und die einen Engländer heiratende Ausländerin der förmlichen Naturalisation bedarf, um Engländerin zu werden.

Warenkundekursus für Hausfrauen. Der Verband deutscher Hausfrauenvereine veranstaltet Ende April in Hamburg, dem Sitz des Verbandes, eine alle Lebens- und Bedarfsmittel umfassenden Warenkundekursus für Hausfrauen. Es werden Kaffee, Tee, Kakao, Zucker, Reis, Mehl, Maisfabrikate, sowie Fische, Fischkonserven, Margarine, Schmalz, Öl, Gefrierfleisch behandelt und voraussichtlich eine Margarine- und eine Schokoladenfabrik besichtigt, sowie eine Fahrt durch den Freihafen mit Besuch großer Warenspeicher vorgenommen werden; dann folgen Kurse zur Kenntnis der Textilindustrie: Wolle, Baumwolle, Seide, Ersatzstoffe, dann Seife, Bürstenwaren, Metalle, Emaille usw., verbunden ist dieser Kursus mit einer vom Bund Hamburgischer Hausfrauen veranstalteten Ausstellung hauswirtschaftlicher Geräte.

Ein weiblicher Verteidiger. Kürzlich ist in Bonn — zum ersten Mal — eine junge Referendarin als Verteidiger aufgetreten. Sie vertrat zwei Knaben, die des schweren Diebstahls angeklagt waren. Von den männlichen Berufsgenossen wurde die junge Verteidigerin, die sich ihrer Klienten mit großer Wärme annahm, aufs herzlichste beglückwünscht.

Die Gleichberechtigung der Juristin. Der belgische Senat hat einen Gesetzentwurf angenommen, der den Frauen, die das juristische Studium abgeschlossen haben, das Recht gibt, vereidigt zu werden und eine Advokatur auszuüben. Ein gleichzeitig eingebrachter Antrag des Sozialisten Deswarte, Frauen als stellvertretende Richter zuzulassen, wurde jedoch bei einer Stimmenthaltung mit 55 gegen 45 Stimmen abgelehnt. — Auch in der holländischen Kammer ist die Frage der Juristin und ihre Zulassung zu den Ämtern wieder aufgerollt worden. Nachdem vor ungefähr einem Jahre die Frauen an Jugendgerichtshöfen als Richter zugelassen worden sind, haben jetzt einige Abgeordnete erneut einen Vorstoß unternommen, um den Frauen gemäß der Verfassungsneuordnung die Gleichberechtigung mit dem Manne auch in der juristischen Laufbahn zu erringen. Der holländische Justizminister hat den Antrag mit der Begründung zurückgestellt, daß sich bisher die Möglichkeiten, wie die Frauen in die juristischen Ämter eingegliedert werden könnten, noch nicht übersehen lassen. — In England ist jetzt die erste Frau als Advokat an einem Gericht zugelassen. Advokat Miß Kyle wird von der englischen Presse als Bahnbrecherin für die weiblichen Juristen gefeiert und in der Amtstracht mit weißer Perücke in den illustrierten Blättern abgebildet. Die Frage, ob sie die weiße Perücke anlegen dürfen oder nicht, soll jedoch erst noch entschieden werden. Die weiblichen Studenten der Rechte in England erwarten nämlich mit Spannung den Urteilsspruch eines höchsten Gerichtshofs, der über ihre Amtskleidung entscheiden soll. Die Kommission, die sich mit dieser schwerwiegenden Angelegenheit beschäftigt, besteht aus dem Lord-Oberrichter in eigener Person und vier anderen hervorragenden Juristen; sie hat bereits des öfteren getagt, aber trotz aller Anstrengungen noch zu keinem Entschluß kommen können. Die weiblichen Rechtsanwälte, von denen die erste in diesen Tagen vor den Gerichtsschranken debütierte, werden wahrscheinlich als offizielle Kopfbedeckung ein Barett erhalten, wie es die Doktoren der Oxforder Universität tragen. Die Damen möchten aber lieber Perücken tragen, wie es die männlichen Rechtsanwälte tun, weil die Mütze nicht sehr kleidsam ist. Da Anwälte vor Gericht nicht in heller Kleidung erscheinen dürfen, ist diese den Damen selbstverständlich verboten, aber man wird sich auch ausdrücklich dagegen sichern, daß nicht eine der neuen Porzias in einer bunten Bluse, in einem zu kurzen Rock, mit halblangen Ärmeln oder einem verführerischen Ausschnitt auftritt.

Praktisches.

Spitzen und Tüll zu reinigen. Unansehnlich gewordene schwarze Spitzen werden in leichtem Zuckerwasser durchgedrückt und dann mit Nadeln auf eine weiche Unterlage aufgesteckt. Damit sich ihr Muster heraushebt, wird die Außenseite nach oben gespannt. Um Gold- und Silbertüll aufzufrischen, wird aus Magnesia und Benzin — wegen des Verdunstens nur wenig auf einmal — ein ziemlich weicher Brei angerührt. Der Tüll wird sowohl auf der rechten wie auf der linken Seite leicht mit dem Brei bestrichen, dann muß er trocknen. Der getrocknete Brei wird mit einem weichen Tuch vorsichtig von dem groben Stoff abgerieben und dieser später noch gut ausgeschüttelt, um das anhaftende Pulver völlig zu entfernen.

Behandlung von Topfpflanzen. Wer gute, kräftige Zimmerpflanzen haben will, beachte folgendes: Glasierte Blumentöpfe sind ungeeignet. In ihnen kann das unbedingt nötige Durchlüften der Erde nicht vor sich gehen. Ebenso ungeeignet sind Blechgefäße. Am vorteilhaftesten sind die aus Ton gebrannten Töpfe ohne Glasur. Durch die porösen Wände hat die Luft leicht Zutritt, und auch das Wasser kann leichter verdunsten. Bei Einkauf achte man darauf, daß sich im Boden des Topfes eine Abflußöffnung befindet. Um dem Wasser einen besseren Abzug zu ermöglichen, tut man gut, unten in den Topf einige Scherben zu legen.

Bohnermasse stellt man selbst her, indem man 150 Gramm Ceresin, ohne es kochen zu lassen, schmilzt; ist es geschmolzen, so entferne man das Gefäß vom Feuer und füge 300 Gramm Terpentinöl hinzu (sehr leicht brennbar!); hierauf schmelze man 40 Gramm Kolophonium für sich und füge unter Vorsicht 50 Gramm Terpentinöl hinzu. Beide Lösungen werden nun gemischt und bis zum Erkalten gerührt. Für kleinere Fußböden und selteneren Gebrauch genügt eine weit kleinere Menge.

Rezepte.

Mehlgräupchen. Aus 100 Gramm Mehl, einem gut zerquirlten Ei und einer Messerspitze Salz mischt man einen Teig zusammen, den man noch gehörig mit noch etwas Mehl durchknetet und auf einem mit Mehl bestäubten Brette dünn ausrollt. Nachdem er genügend ausgetrocknet ist, zerschneidet man ihn in viereckige Fleckchen, die man eventuell mit dem Wiegemesser zu Gräupchen zerhackt und in der kochenden Fleisch- und Knochenbrühe aufkochen läßt. Man kann die Flecken oder Gräupchen auch in einer mit Butter bestrichenen Eierkuchenpfanne unter öfterem Umschütteln hellkastanienbraun anrösten.

Rohkartoffelauflauf. Ein halber Liter verdünnte Büchsenmilch wird mit zwei Löffeln Eiersparpulver gut verquirlt, mit Salz abgeschmeckt und in eine gut eingefettete Auflaufform geschüttet. Eineinhalb Pfund rohe Kartoffeln werden in Scheiben geschnitten, mit 100 Gramm gewiegtem Büchsenfleisch vermischt und in die Eiermilch gegeben, die sie gut bedecken muß. Man gießt drei Eßlöffel voll zerlassene Margarine über das Gericht, bestreut es mit gehacktem Schnittlauch oder wenig geriebener Zwiebel und bäckt den Kartoffelauflauf im Ofen bei guter Hitze anderthalb Stunden.

Braune Pilzsuppe. 100 Gramm trockene Pilze weicht man ein, hackt sie und brät sie mit zwei kleingeriebenen Zwiebeln in etwas Fett lichtbraun, füllt zwei Liter kochend heißes Wasser darüber, gibt Salz, eine Prise Pfeffer und 75 Gramm Sago an die Suppe und kocht sie fünf Minuten, um sie darauf zwei Stunden in die Kochkiste zu stellen. Die fertige Suppe wird beim Anrichten mit einem Löffel Appels Suppenwürze und etwas gehackter Petersilie abgeschmeckt.

Süddeutsche Buttermilch-Schmalzflocken. Von ½ Liter Buttermilch, die man mit 1 Teelöffel Butter bis zum Kochen bringt, um dann unter ständigem Rühren ½ Pfund Weizenmehl einlaufen zu lassen, bereitet man den bekannten „Brandteig", den man so lange im Topfe oder Tiegel rührt, bis er sich vom Gefäß löst. Etwas ausgekühlt, wird er mit 1 Messerspitze Salz, sowie 2 Eßlöffeln starker Süßstofflösung (der Süßstoff wird dazu mit heißem Wasser aufgelöst) und 1 Päckchen Vanillepulver, sowie dem Abgeriebenen einer Zitrone gemischt. Ein gehäufter Teelöffel mit etwas Essig angerührtes doppelkohlensaures Natron wird blitzschnell unter die Masse gerührt, die man in eine sogenannte Straubenspritze füllt oder in Ermangelung in einen Blechtrichter, aus dem man diese dann flockenartig in siedendheißes Backfett fallen läßt, wo man sie dann, goldbraun gebacken, mit Zimtzucker überstreut, als leckeres Kaffeegebäck zu Tisch gibt.

Verantwortlich: für Politik, Handel, Kunst und Wissenschaft: i. V. Theodor Kania: für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer. Für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.